



**Protokoll der 41. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld  
vom Mittwoch, 24. April 2019, 18:00 Uhr im Rathaus**

**Vorsitz:** Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber

**Namensaufruf:** 39 anwesende Mitglieder

**Entschuldigt:** Gemeinderat Robin Kurzbein

**Mitanwesend:** 5 Stadtratsmitglieder

**Gemeinderatssekretär:** Herbert Vetter

- - -

**Traktanden**

- 223 Mitteilungen
- 224 Protokoll der Sitzung vom 20. März 2019
- 225 Motion betreffend "Gewinnablieferung der Werkbetriebe" der Gemeinderäte Peter Hausmann und Stefan Geiges  
Beratung, Beschlussfassung über Erheblichkeit, ev. Zuweisung
- 226 Motion betreffend "Stadtbustarife" der Gemeinderätinnen Anita Bernhard-Ott, Sandra Kern und Salome Scheiben  
Beratung, Beschlussfassung über Erheblichkeit, ev. Zuweisung
- 227 Berichterstattung über den Stand der Realisierung Richtplanung per Ende 2018  
Kenntnisnahme

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter.

Heute Morgen hat in diesem Saal der Grosse Rat des Kantons Thurgau getagt. Der Bock und auch Ihre Sitzgelegenheiten sind also schon gut angewärmt und zumindest die Doppelmandats-träger unter uns sind gut eingesessen. Zu Beginn jeder Grossratssitzung eröffnet der Grossrats-präsident mit den Worten "Heute ist ein besonderer Tag". Heute hat er die Sängerin Nicole er-wähnt, die 1982 den Eurovision Song Contest mit "Ein bisschen Frieden" gewann. Ein bisschen Friede täte der Welt immer noch gut, denn das Lied hat leider nichts an Aktualität eingebüsst.

Wir haben heute zwei Personen unter uns, die auch einen besonderen Tag feiern. Wir gratulie-ren dem Stadtpräsidenten Anders Stokholm und Gemeinderat Samuel Kienast zum heutigen Geburtstag. Ich schaue, dass euch noch genug Zeit bleibt, um mit euren Liebsten heute anzu-stossen. Darum gehen wir nun schnell zu den Traktanden über.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonauf-nahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Gemeinderatspräsidentin fest, dass zu Beginn der Sit-zung 38 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Nach Eintreffen von Gemeinderätin Julia Bün-ter sind es 39. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 20.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Ge-meinderats Art. 23b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Die Fraktion CH/Grüne/GLP möchte am Anfang der Sitzung eine Fraktionserklärung abgeben.

**Gemeinderätin Salome Scheiben (CH), Referentin im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:** Mit Erstaunen und Unverständnis haben wir am Samstag, 6. April in der Thurgauer Zeitung gelesen, dass die Sozialhilfe im Asylbereich gekürzt wird. Diese Kürzung sei eine Massnahme des Haus-haltgleichgewichtprojekts Balance. Mit dieser Massnahme sollen nun also jährlich 29'000 Fran-ken eingespart werden. Fürs Budget der Stadt ist das verhältnismässig wenig. Für die von dieser Kürzung betroffenen Menschen bedeutet dies jedoch eine zusätzliche Belastung und noch mehr Druck.

Wir wehren uns ausdrücklich gegen solche Sparübungen auf Kosten der ärmsten Einwohnerin-nen und Einwohner. Über Umwege haben wir inzwischen von Stadträtin Christa Thorner eine Mail mit weiteren Erklärungen und Ergänzungen zum Inhalt des Zeitungsartikels und den besag-ten Kürzungen der Sozialhilfe im Asylbereich erhalten. Auslöser seien nicht Sparbemühungen, sondern Anpassungen an die Gepflogenheiten des Kantons gewesen. Das sind neue Vorausset-zungen, die die Massnahmen besser erklären mögen. Was aber bleibt, sind Fragen zur fehlen-den Kommunikation und Transparenz. Wenn solche Massnahmen ergriffen und Kürzungen ge-macht werden – egal ob aufgrund des Projekts Balance, aufgrund des politischen Drucks oder aufgrund kantonaler Richtlinien –, dann muss dies hier in diesem Rat kommuniziert werden. Warum waren die im Raum stehenden Anpassungen weder in der Beantwortung der Interpella-tion "Steigende Asyl- und Sozialhilfekosten in Frauenfeld" von Gemeinderat Thomas Gemperle noch in der Sitzung vom August 2018, wo die Interpellation diskutiert wurde, ein Thema? Wa-ren diese Massnahmen zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt? Weshalb kein Wort davon in der Budgetdebatte vom 12. Dezember 2018? Es ging hier um ein Thema, über das wir im Rat ausführlich gesprochen haben und welches somit politische Bedeutung hat. Insbesondere in

solchen Fällen wünschen wir uns mehr Transparenz und eine bessere Kommunikation seitens des Stadtrats.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Wir begrüßen nun auch Gemeinderätin Julia Bünter, das absolute Mehr beträgt weiterhin 20.

223

## MITTEILUNGEN

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):**

1. Am 19. März 2019 wurde dem Gemeinderat die Botschaft Nr. 44 des Stadtrats "Berichterstattung zur Umsetzung des Reglements über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum" zugestellt.
2. Am 26. März 2019 wurde vom Stadtrat die Botschaft Nr. 45 "Geschäftsbericht und Rechnungen der Stadt für das Jahr 2018" an den Gemeinderat überwiesen.
3. Mit Beschluss Nr. 71 wurde die Motion betreffend "Gewinnablieferung der Werkbetriebe" der Gemeinderäte Peter Hausammann und Stefan Geiges am 19. März 2019 vom Stadtrat beantwortet.
4. Mit Beschluss Nr. 88 wurde die Interpellation der Gemeinderäte Peter Hausammann, Sandra Kern und Robin Kurzbein betreffend "Unsere Stadtkaserne nicht aus der Hand geben" am 9. April 2019 vom Stadtrat beantwortet.
5. Mit Beschluss Nr. 97 wurde die einfache Anfrage von Gemeinderat Pascal Frey betreffend "Massnahmen bei Trockenheit" vom Stadtrat ebenfalls am 9. April 2019 beantwortet.
6. An Ihren Plätzen liegen folgende Unterlagen auf:
  - Revisionsberichte und Geschäftsbericht zu den Rechnungen der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe für das Jahr 2018
  - Diverse Einladungen zu Gemeinderatssitzungen zum Beispiel vom 20. Mai und zu GPKs
7. Ich habe eine einfache Anfrage eingereicht bekommen von Gemeinderat Robert Zahnd mit dem Titel "Strategie Gebiet Festhütte". Gibt es weitere Vorstösse, die im Umlauf sind? – Dies scheint nicht der Fall zu sein.

224

## PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 20. MÄRZ 2019

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Das Protokoll der 40. Sitzung des Gemeinderats wurde am 4. April 2019 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind keine Änderungen oder Ergänzungen eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll vom Mittwoch 20. März 2019 gewünscht? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

225

**MOTION BETREFFEND "GEWINNABLIEFERUNG DER WERKBETRIEBE" DER GEMEINDERÄTE PETER HAUSAMMANN UND STEFAN GEIGES  
BERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG ÜBER ERHEBLICHKEIT, EV. ZUWEISUNG**

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Mit Beschluss Nr. 71 wurde die Motion betreffend "Gewinnablieferung der Werkbetriebe" der Gemeinderäte Peter Hausammann und Stefan Geiges am 19. März 2019 vom Stadtrat beantwortet.

**Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im Namen der Motionäre:** Ich danke dem Stadtrat auch im Namen von Gemeinderat Peter Hausammann für die ausführliche Beantwortung unserer Motion. Ich beantrage Ihnen aber die Erheblicherklärung unserer Motion mit der Zuweisung an den Stadtrat. Die Umsetzung sehen wir Motionäre bei der Überarbeitung des entsprechenden Reglements, welche gemäss Stadtrat sowieso ansteht. Um es vorwegzunehmen, gehen wir Motionäre von einer Gewinnausschüttung von 10-25 % vom Reingewinn aus. Das heisst also, nachdem alles bezahlt ist. Gemeinderat Peter Hausammann wird anschliessend noch drei Klarstellungen zu Antworten des Stadtrats anbringen. Ich werde Ihnen nochmals die wichtigsten politischen Argumente unterbreiten.

Ganz generell: Unser Vorstoss betrifft die Gewinnablieferung der Werkbetriebe und nicht die Verwendung von Gewinn. Und das ist wichtig. Wenn Gewinne anfallen, soll das Gemeinwesen sich daran beteiligen können. Das sind in unserem Fall die Stadtfinanzen. Ich spreche ausdrücklich von Gewinn und nicht von Umsatz; es wird also deshalb keine Tarifierhöhungen geben. Eine Gewinnabschöpfung ist auch nichts Neues. Eine Gewinnabschöpfung eines Betriebs, der der Öffentlichkeit gehört, ist normal, vor allem dann, wenn es sich um einen Monopolbetrieb handelt. Man kann zwar aus liberaler Sicht sagen, dass man einen Versorgungsbetrieb nicht einfach melken sollte, wie die Thurgauer Zeitung das in ihrem Titel schrieb. Das stimmt. Aber nur zum Teil. Denn die Werkbetriebe profitieren ihrerseits von einer gewissen Staatsgarantie. Wenn nämlich irgendetwas schief läuft – und ich muss Sie wahrscheinlich nicht an den Wärmering erinnern –, dann haftet ganz klar das Gemeinwesen. Die Stadt trägt also das Risiko der Werkbetriebe. Zuerst das finanzielle Risiko, aber vor allem auch das politische Risiko. Und wenn die Stadt das Risiko trägt, soll sie dafür auch entschädigt werden. Es ist anständig, wenn man dafür eine Art Dividende zugunsten der Stadtfinanzen erhält.

Sie werden nun sagen, dass man zuerst das Tarifreglement abwarten muss. Aber ist es nicht gescheiter, wenn wir jetzt eine Gewinnerhebung beschliessen und diesen Beschluss dann ins neue Reglement einfliessen lassen? Als Unternehmer sehe ich es so: Wenn ich von irgendjemandem eine Garantie bekäme für alle Konsequenzen, sprich Konkurs der Werkbetriebe, so wäre eine Abgabe von 10-25 % des Gewinns das ohne Weiteres wert. Es versteht sich von selbst, dass eine solche Abgabe nie eine Gebührenerhöhung zur Folge haben wird.

Ich komme zum Schluss. Die Energieversorgung ist in der heutigen Zeit eine sehr komplexe Sache, und es gibt kaum ein Gebiet, welches so stark im Wandel steht wie dieses. Wir als Motionäre unterstützen mit unserem Vorstoss den Stadtrat und auch die Werkbetriebe bei den wichtigsten Fragen. Es geht darum, mehr Transparenz und eine klare Struktur in die Geldflüsse zu bringen. Es geht nicht ums Hin- und Herschieben von Franken und Rappen. Und es geht um die Zukunft des grössten und wichtigsten Infrastrukturbetriebs unserer Stadt. Darum bitte ich Sie, die Motion erheblich zu erklären.

**Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der Motionäre:** Ergänzend zu den Ausführungen meines Mitmotionärs und Vorredners Kollege Stefan Geiges, dem ich mich vollumfänglich anschliesse, erlaube ich mir, im Sinne einer Klarstellung zur teilweise doch etwas verwirrenden Antwort des Stadtrats kurz auf drei Punkte hinzuweisen.

1. Wird durch die Gewinnablieferung entgegen dem Eindruck, den der Stadtrat vermittelt, niemand zusätzlich belastet, denn mit der Gewinnablieferung gibt es keine Tarifierhöhung.
2. Es geht nicht um eine zusätzliche Gewinnablieferung oder höhere Weiterleitung von Gebührenüberschüssen, wie der Stadtrat unzutreffend schreibt. Bisher wurden keine Gewinne an die Stadtkasse abgeliefert. Vielmehr wurden Leistungen der Stadt entschädigt sowie zusätzliche Abgaben für die öffentliche Beleuchtung sowie die Einlage in den

Energiefonds erhoben und weitergeleitet. Erhoben und weitergeleitet hat nichts mit dem Gewinn zu tun. Wenn man das über den Steuerhaushalt laufen lassen würde, würde sich für den Gewinn der Werkbetriebe überhaupt nichts ändern.

3. Der Stadtrat vermischt in seinen Erwägungen das Thema Gewinnablieferung (Thema 1, unser Thema) mit dem Thema Finanzierung öffentlicher Leistungen (Thema 2) und dem Thema Entschädigung von für die Werke erbrachten Leistungen (Thema 3). Thema 1 ist die Frage: Wieviel vom Gewinn (Dividende) geht an die Eigentümerin, an die Stadt.

Thema 2: Wer erbringt und wer finanziert wie welche Leistungen, die für die Öffentlichkeit erbracht werden? Paradebeispiel ist die öffentliche Beleuchtung, die teilweise in Gemeinden über den Steuerhaushalt geht, teilweise wie hier werden zusätzliche Abgaben von Stromkonsumenten oder Energiekonsumenten erhoben.

Thema 3 ist: Wieviel bezahlen die Werke an die Stadt für von der Stadt für die Werke erbrachte Leistungen und umgekehrt?

Bei der Motion, also bei dem, über das wir heute hier diskutieren und entscheiden, geht es nur um das Thema 1, die Gewinnablieferung. Die Themen 2 und 3 sind sehr wertvoll als Infos. Danke für die ziemlich klaren Ausführungen. Wir haben da ziemlich grossen Handlungsbedarf, was gesetzliche Grundlagen etc. betrifft. Die Themen 2 und 3 sind also sehr wertvoll als Infos, die wollen wir aber nicht infrage stellen. Wir nicht und heute können sie nicht infrage gestellt werden. Wenn da jemand irgendetwas ändern will, dann muss er motionieren oder der Stadtrat bringt, wie wir gehört haben, etwas mit den Reglementen. Und wir wollen schon gar nicht die Leistungen der Werke für die rund 20 nicht-kommerziellen Anlässe, die vor allem für Sport und für Kultur erbracht werden und sinnvoll sind, im Wert von etwa 45'000 Franken pro Jahr irgendwie anknabbern oder an denen etwas ändern.

Fazit: Die Antwort des Stadtrats enthält keine stichhaltigen Argumente gegen eine angemessene Gewinnablieferung als Beitrag der Werkbetriebe an das Haushaltgleichgewicht und die Stabilisierung des Steuerfusses.

Und zum Schluss: Wenn die Werke als Betrieb im Eigentum der Stadt angeschaut werden, wie das der Stadtrat aktuell mit der sogenannten Eigentümerstrategie in extremis macht, in extremis dauernd wird erzählt, das ist unser Betrieb und wir müssen für diesen – unseren – Betrieb eine Eigentümerstrategie machen, so stellt sich doch ohnehin von selbst die Frage, wieviel vom Gewinn dieses Betriebs an den Eigentümer des Betriebs, also die Stadt geht. Ich bitte Sie, den Antrag auf Erheblicherklärung zu unterstützen.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:** Wie von den Vorrednern schon erwähnt, geht es heute allein um das Thema der Gewinnablieferung. Andere Abgaben und Leistungen der Werkbetriebe und deren gesetzliche Grundlagen kann und muss der Stadtrat in einem anderen Rahmen klären. Ausgangspunkt für die Frage, welche Gewinnablieferung jetzt angemessen ist oder nicht, ist eigentlich eine Betrachtung der Jahresgewinne der Werke. Für uns sprechen zwei Überlegungen für eine moderat angesetzte Gewinnablieferung. Aus unserer Sicht ärgerlich ist, dass diese zwei Überlegungen keinen Eingang in die Botschaft gefunden haben.

1. Es geht um die finanzielle Situation der Werke. Die Zahlen der letzten Jahre zeigen, dass es für die Werke durchaus möglich ist, einen Gewinn auszuweisen und dass sie entsprechende Ausschüttungen vornehmen könnten. In den vergangenen Jahren hat man stattdessen hohe – wir befürchten manchmal allzu hohe – Reserven angehäuft.
2. Ökologische Aspekte: Eine Gewinnablieferung ist sinnvoller, als die ohnehin schon tiefen Energiepreise nochmals weiter zu senken. Angemessene Energiepreise führen nämlich im Sinne eines liberalen Ansatzes zum Umweltschutz zu einem vernünftigen Umgang mit unseren knappen Ressourcen. Und zu einer Preiserhöhung, wie es in der Antwort des Stadtrats angedeutet wird, kommt es durch eine Gewinnablieferung im Übrigen

nicht. Es geht ja nicht um eine Umsatzbeteiligung oder so etwas, sondern die Motionäre fordern eine Gewinnablieferung oder eine Gewinnbeteiligung.

Wenn der Stadtrat in diesem Zusammenhang, nochmals eingedenk der wie gesagt schon günstigen Energiepreise in Frauenfeld von einer möglichen Belastung finanzschwacher Einwohnerinnen und Einwohner spricht, während man gleichzeitig die Kürzung der Sozialhilfe bei anderen Bevölkerungsgruppen als eine Sparmassnahme verkauft, erscheint uns das nur noch zynisch.

Die Bemessung der Gewinnbeteiligung ist ja noch offen. Wenn wir jetzt zustimmen, muss der Stadtrat einen Vorschlag dazu machen. Bei der Bemessung der Gewinnbeteiligung ist aus unserer Sicht darauf zu achten, dass die Werke weiterhin über die Mittel verfügen, um ihren zentralen und wichtigen Aufgaben gerecht zu werden. Es ist neben der Energieversorgung auch die Aufgabe, die Energiewende als Vorbild und Partner voranzubringen. Hier sehen wir seitens der Werke bereits heute Ansätze, erwarten aber künftig mehr Tatbeweise, die natürlich auch die nötigen Ressourcen erfordern. Unsere Fraktion ist bereit, die Werke bei entsprechenden Anträgen, d.h. bei der Schaffung eines Innovationsfonds, der Erhöhung des Energiefonds oder bei eigenen innovativen Projekten zu unterstützen. Wir sprechen uns dafür aus, die Motion für erheblich zu erklären.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso:** Wir haben uns gefragt, ob es der richtige Zeitpunkt ist, um über die Gewinnablieferung zu diskutieren, denn die Werke stehen vor einem Umbruch und dieses Thema wird hoffentlich miteinbezogen werden. Aber doch, wir finden den Zeitpunkt passend. Denn die Antwort soll uns nicht diktiert werden, sondern möglichst breit hier drin diskutiert werden können. Auch die Vorlaufzeit für den Einzug in die Reglemente ist richtig. Denn diese werden ja bis Ende Jahr im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Eigentümerstrategie erneuert. Somit kann dieser Aspekt gleich miteinfließen und es braucht keinen zusätzlichen Aufwand.

Zu den Ausführungen des Stadtrats möchten wir noch bemerken, dass die Arbeitsplätze bei den Werkbetrieben mit einer Gewinnablieferung wirklich nicht gefährdet werden und wir diese Aussage so nicht unterstützen können. Denn es soll ja nicht der gesamte Gewinn abgeliefert werden. Beides wäre nicht in unserem Sinn. Aber eine Gewinnabgabe, die diesen Namen auch verdient, ist durchaus angebracht. Klar, es fliesst bereits Geld an die Stadt, aber dies sind Gelder für Leistungen oder Rechte. Und sie werden, wie in der Botschaft beschrieben, zum Teil auch auf der Rechnung der Energiekunden separat ausgewiesen. Eine Ablieferung des Gewinns wird in Frauenfeld bisher nicht gemacht. Uns schwebt aber nicht nur eine Gewinnablieferung vor, sondern auch wenn dies nicht unbedingt Kern der Motion ist, die Werke sollen einen Teil ihres Gewinns sofort wieder in Projekte investieren müssen. Diese Projekte werden bei den Werken dank der dadurch positiven Wahrnehmung bei der Bevölkerung und den regionalen Kunden weiterhin einen Zuwachs an Vertrauen und Kundenbindung bringen. Die Projekte sollen lokal und nachhaltig sein. So profitieren alle Energiebeziehenden und die Einwohnenden als Besitzende. Und wenn Sie jetzt nicht verstehen, was damit gemeint sein könnte, denken Sie an die über 1000 Unterschriften, die bei der Klimanotstandpetition bereits gesammelt wurden.

Es handelt sich aber hier nicht um Millionenbeiträge wie bei der EKT Holding AG des Kantons, welche übrigens ja entsprechend mit der Dividende ebenfalls eine satte Gewinnablieferung vorzunehmen hat. Und dort ist die Erwartungshaltung klar. Die Dividenden müssen fließen. Wir würden bei einer Frauenfelder Lösung nicht so weit gehen, sondern es darf und soll eine Klausel eingefügt werden, die den Werken genügend Handlungsspielraum gibt, aber eben auch die Abgabe ermöglicht. In der Fraktion haben wir über eine Höhe von je 10 % für Gewinnabgabe und die erwähnten Projekte diskutiert. In dieser Höhe wird der Handlungsspielraum der Werke nur marginal taxiert und die Energie wird nicht noch zusätzlich verbilligt. Wir werden die Motion als erheblich erklären.

**Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Vorab ein Lob der vorangegangenen Aufräumarbeit des Stadtrats im Zusammenhang mit den Kässeli in

den Werkbetrieben und der heute transparenten Rechnungslegung. Mit der lobenswerten Zusammenführung dieser Kässeli und der damit verbundenen Konsolidierung der Zahlen ist erstmals auch eine völlige Transparenz in dieser Rechnungslegung ersichtlich. Aufwände und Erträge entsprechen den effektiven Zahlen. Gewinne und Erträge wecken Ansprüche und Begehrlichkeiten – das ist das Normalste der Welt. Was die Verwendung betrifft, muss aber wohlüberlegt sein. Für unsere Fraktion ist die Vermischung von Gebühren und Steuern, wie in dieser Motion angedacht, ordnungspolitisch der völlig falsche Ansatz. Ich zitiere aus der Motion: "Für die Werkbetriebe ist eine angemessene Gewinnablieferung zur Stützung des Haushaltsgleichgewichts und zur Stabilisierung des Steuerfusses der Stadt ohne Weiteres zumutbar." Also für uns ganz klar eine Vermischung von Gebühren und Steuern. Nur weil Erträge Begehrlichkeiten wecken, ist das für uns kein Grund. Führe uns nicht in Versuchung, heisst es schon in unserem wohl bekanntesten Gebet. Uns fehlt in diesem Zusammenhang die sachliche Begründung der Motionäre. In der politischen Nachbearbeitung des Wärmeverbunddebakels sind genau die gleichen Motionäre für eine unabhängige und transparente Rechnungslegung eingestanden. Die Motion betreffend Gewinnabgabe der Werkbetriebe stellt auf der anderen Seite genau diese Transparenz und Unabhängigkeit in Frage. Wollen wir eine privatwirtschaftlich orientierte Unternehmung, zu der sich die Werkbetriebe mittlerweile entwickelt haben, dem Steuerertrag und der wirtschaftlichen Stärke oder Schwäche der Stadt unterstellen?

Es ist unabdingbar, dass die Strategie der Werkbetriebe unabhängig und völlig losgelöst von der finanziellen Wetterlage der Stadt ausgearbeitet und verfolgt werden kann. Eine finanzielle Abhängigkeit gefährdet die marktgerechte Weiterentwicklung des Betriebs und im schlimmsten Fall den Fortbestand der Werkbetriebe und deren Arbeitsplätze. Dass die Energiekosten für Klein- und Grossverbraucher in Abhängigkeit der Politik stehen, ist absolut fragwürdig. Bürger mit geringem Einkommen über eine erhöhte Abgabe der Grundbedürfnisse zu bestrafen, ist für uns fragwürdig und entspricht nicht unseren ethischen Grundwerten. Ein hoher Energiepreis, nur um den entsprechenden Gewinn abzuliefern, gefährdet im liberalisierten Markt die Kundengewinnung und Kundenerhaltung. Es werden allfällige notwendige Grossinvestitionen bezüglich Weiterentwicklung des Betriebs gefährdet und somit eine Langfriststrategie verunmöglicht. Aus diesen liberalen, sozialen und wirtschaftlichen Grundüberlegungen lehnen wir die Motion einstimmig ab. Auch wehren wir uns gegen Quersubventionierungen.

**Gemeinderat Claudio Bernold (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Die Mitglieder der Fraktion FDP haben die Antwort des Stadtrats auf die Motion betreffend "Gewinnablieferung der Werkbetriebe" der Gemeinderäte Hausammann und Geiges eingehend diskutiert. Die Motionäre fordern den Stadtrat auf, dem Gemeinderat einen Entwurf für eine Rechtsgrundlage für eine Gewinnablieferung der Werkbetriebe vorzulegen. Aufgrund der hervorragenden Finanzlage der Werke sei es an der Zeit, den Stadthaushalt angemessen mit einer Gewinnablieferung zu unterstützen, um so den Steuerfuss zu stabilisieren.

Korrekterweise müssten die Motionäre von einer weiteren Gewinnablieferung sprechen, fliessen doch bereits Geldflüsse und Leistungen von den Werkbetrieben an die Stadt. Der Stadtrat legt in seiner Beantwortung transparent dar, für welche Leistungen Geld fliesst und in welchen Bereichen entsprechende Rechtsgrundlagen bestehen. Wir stellen fest, dass die Werkbetriebe regelmässig Leistungen an die Stadt unentgeltlich oder zum Selbstkostentarif erbringen. Damit werden Frauenfelder Vereine für nicht-kommerzielle Anlässe unterstützt. Anlässe, welche die Stadt kulturell und sportlich massgeblich prägen. Ob diese Subventionierung eine Rechtsgrundlage benötigt, bleibe dahingestellt. Der Stadtrat entscheidet über den Umfang der gewährten Gratisleistungen. Diese Freiheit muss der Stadtrat weiterhin haben. Die FDP würde es aber begrüessen, wenn solche Quersubventionierungen auch in Zukunft transparent ausgewiesen werden.

Insgesamt sind die Geldflüsse und nicht verrechneten Arbeitsleistungen der Werkbetriebe an die Stadt auch im Vergleich mit anderen Städten im guten Durchschnitt. Der Finanzfluss liegt zwischen 4-6 % des generierten Umsatzes, was aus unserer Sicht genügend ist. Auch wenn der Vorschlag der Motionäre, eine Gewinnablieferung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen wie effektiv erzielter Jahresgewinn und Abhängigkeit der Eigenkapitalquote abhängig zu ma-

chen, grundsätzlich Sinn macht, glauben wir, dass dies die Wettbewerbsfähigkeit der Werkbetriebe einschränkt. Auch wenn sich die Werkbetriebe finanziell in einem ausgezeichneten Zustand befinden, sind wir dennoch der Meinung, dass dies nicht der Anlass dazu sein soll, die Cash-Cow zu melken. In den kommenden Jahren müssen Investitionen für die Infrastruktur getätigt werden. Die Fraktion FDP sieht aus betriebswirtschaftlichen und vor allem wettbewerbs-technischen Gründen keinen Sinn in einer Gewinnablieferung. Der Gewinn der Werkbetriebe soll in die bestehende Infrastruktur investiert werden oder allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt in Form von tieferen Tarifen zugutekommen. Insbesondere wenn man bedenkt, dass die Gebühren für elektrische Energie in Zukunft eher steigen werden, dürfen Gewerbe und Steuerzahler nicht durch unnötig hohe Tarife belastet werden. Auch sind wir der Meinung, dass das Haushaltgleichgewicht und der Steuerfuss nicht durch eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der Werkbetriebe stabilisiert werden dürfen. Die Fraktion FDP beantragt, die Motion als nicht erheblich zu erklären.

**Gemeinderätin Julia Bünter (CVP), Referentin im Namen der Fraktion CVP/EVP:** Als Erstes möchten wir dem Stadtrat für die Beantwortung der Motion und der Zusatzfragen Hausammanns danken. Gerne möchte ich festhalten, dass auch wir nur über die Gewinnablieferung diskutieren wollen.

Das ganze System der Werkbetriebe ist extrem komplex und vielschichtig. Als Laie einen Durchblick zu haben, scheint schier unmöglich. Deshalb geht es uns hier wie gesagt nur um die Diskussion, was mit dem Gewinn der Werkbetriebe gemacht werden soll. Diese Komplexität zusammen mit den Antworten des Stadtrats zeigen auf, dass die Rechtsgrundlage einiger Leistungen der Werkbetriebe an die Stadt fehlt. Dieser Fakt lässt uns folgern, dass in Zukunft eventuell weniger Finanzflüsse von den Werkbetrieben zur Stadt zu erwarten sein werden – je nach Änderungen im neuen Reglement für die Werkbetriebe. Natürlich nicht bezogen auf geringeren Umsatz, sondern darauf, dass gewisse Leistungen wegfallen könnten. Die Vergleiche mit anderen Gemeinden sind aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen nicht einfach zu interpretieren, wie der Stadtrat erwähnte. Deshalb kann man sich in dem Sinn nicht direkt auf diese Vergleiche stützen.

Alles in allem erachten wir es als sinnvoll, wenn 10-25 % der Gewinne der Werkbetriebe an die Stadt fließen würden. Wir sind uns bewusst, dass der effektive Betrag schwierig vorauszusagen sein wird. Einerseits zeigen sich ja rückläufige Finanzierungsüberschüsse in den letzten Jahren, und dieser Trend könnte anhalten. Den Werkbetrieben steht andererseits zum Beispiel zu, mehr Abschreibungen zu machen, damit sie weniger Gewinn ausweisen. Dies ist unserer Ansicht nach auch in Ordnung, wir wollen sie ja nicht schwächen. Es wird deshalb ja auch keine Umsatzabgabe, sondern eben nur eine Gewinnabgabe gefordert. Damit haben die Werkbetriebe keine fixen Pflichten und können so handeln, dass sie schlussendlich für sich gute Zahlen haben. Mal ganz einfach ausgedrückt. Dennoch wäre die Stadt am allfälligen Gewinn beteiligt, was uns angesichts des Risikos nicht nur legitim, sondern wie erwähnt auch sinnvoll scheint.

Den Zeitpunkt der Motion finden wir mehrheitlich gut, weil so die Forderungen des Gemeinderats vom Stadtrat aufgenommen werden können, um damit direkt in das neue Reglement einzufliessen. Wir sind uns bewusst, dass viele Umstrukturierungen bei den Werkbetrieben im Gang sind und so gesehen der Zeitpunkt als etwas ungünstig angesehen werden könnte. Schlussendlich sollte es aber einfacher und schneller sein auf diesem Weg, statt das neue Reglement und die Änderungen der Werkbetriebe abzuwarten und erst dann zu handeln. Zusammengefasst kann ich sagen, dass wir die Motion grossmehrheitlich als erheblich erklären werden. Wir bitten euch, uns aus den genannten Gründen zu unterstützen.

**Gemeinderat Michael Hodel (EVP), Referent im eigenen Namen:** Die Werkbetriebe gehören zu uns, ist meine Meinung, zur Stadt Frauenfeld. Von Risikoabgeltung zu sprechen, ist aus meiner Sicht falsch. Wenn die Werkbetriebe etwas an die Wand fahren und selber Reserven haben, um den Schaden abzudecken, ist das besser, als wenn die Stadt Geld aus dem laufenden Budget

einschiessen müsste. Gewinne sollen den Werkbetrieben für zukünftige Projekte zur Verfügung stehen. Die Energiewende benötigt neue Konzepte und Lösungen, wofür Reserven nötig sind. Zahlungen an die Stadt werden einfach ausgegeben. Zuletzt sollen Gebühren ohne Arm-reich-Progression nicht verwendet werden, wofür die Steuern da sind. Dass diese Initiative von Links/Grün unterstützt wird, erstaunt mich. Ich bitte Sie, die Motion für nicht erheblich zu erklären.

**Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im Namen der Motionäre:** Als Mitmotionär möchte ich zwei Sachen loswerden. Zum einen verstehe ich, dass jeder Freude hat am Team Hausamann/Geiges oder Jurist/Bauunternehmer, das ist für mich nachvollziehbar. Ich habe zwei Bemerkungen zu den Aussagen vor allem von bürgerlicher Seite.

1. Dass mit einer Abgabe des Gewinns in der Höhe von 10-25 % Arbeitsplätze gefährdet werden sollen oder sogar das Überleben der Werkbetriebe Frauenfeld, akzeptiere ich so nicht und lasse ich so auch nicht stehen. Ich glaube, jeder hier drin ist Unternehmer genug, dass das sicher die falsche Aussage ist.
2. Die Aussage, die heute mehrfach zitiert wurde, dass die Werke mit ihrem Beitrag dazu beitragen könnten, dass man die Finanzen stabilisiert, ist eine Aussage, die der Stadtrat selber schon gemacht hat und ist in der Thurgauer Zeitung nachzulesen.

**Stadtrat Ruedi Huber (SVP):** Es ist wirklich eine komplexe Situation, mit welcher wir uns heute auseinandersetzen müssen. Es sind rechtliche Fragen, politische Fragen, unternehmerische Fragen und wir wissen auch nicht, wie sich die Zukunft entwickeln kann und wird.

Auch mir stellen sich Fragen. Sind rückblickend gesehen zu viel eingenommene Gebührengelder wirklich echte Gewinne? Oder sind es einfach zu viel eingezogene Gebühren, weil man gemeint hat, die Energiepreise steigen mehr? Wie frei sind wir wirklich bei der Verwendung der überschüssigen Gebührengelder? Hier im Saal hat es auch einmal geheissen, man sei sehr wenig frei. Und eine dritte Frage: Wenn wir dann konsequent sind und sagen, die Stadt muss Risiken tragen und muss dafür entschädigt werden, dann müssen wir daran denken, dass wir auch noch einen zweiten Betrieb bei der Stadt haben, das AZP. Auch dort können plötzlich enorme Risiken bestehen, wenn irgendetwas mal geschieht, was wir alle nicht hoffen.

Als Landwirt oder studierter Landwirt – Andreas Elliker möge mich korrigieren – habe ich den Vergleich mit der Milchkuh von Gemeinderatsjournalist Mathias Frei auch aufgenommen. Tatsächlich hat die Werkbetriebsmilchkuh momentan dank sehr guter Umstände und auch guter Arbeit ein prallvolles Euter. Und dies, obwohl sie bereits jetzt sehr viel "Milch" in Form von Abgaben an die Stadt liefert. Und als studierter Landwirt freut mich natürlich so etwas grundsätzlich, weil ich als Pflanzenbauer ja auch Freude an guten Kühen habe.

Dass in einer solchen Situation viele von Ihnen gern Melker sein möchten, kann ich deshalb nachvollziehen. In jedem von uns steckt noch ein bisschen ein Landwirt. Aber einfach nur an den Euterzitzen ziehen, das ist leider noch lange keine nachhaltige Milchproduktion. Wenn Sie wollen, dass Ihre Kuh – der Werkbetriebsleiter möge entschuldigen, wenn ich die Werkbetriebe mit einer Kuh vergleiche – auch langfristig Milch oder Geld gibt, dann müssen Sie Ihr Tier fachgerecht füttern und pflegen, Sie müssen für Dürre- und Kältezeiten Vorräte einlagern. Das ist nicht mehr modern heute, aber wir leiden genau in der Stadt unter dem, dass wir manchmal zu wenig Vorräte eingelagert haben in Form von Geld. Und, das ist mir ein grosses Anliegen auch zugunsten von meinen Mitarbeitern in den Werkbetrieben, die schlussendlich diese sogenannten Gewinne erwirtschaftet haben, Sie müssen Ihrer Kuh auch genügend Zeit und Ruhe geben, damit sie das Futter richtig widerkauen und in Milch oder eben Geld umwandeln kann. Wir haben sehr viel Futter im Moment in Form von Verordnungen und Gesetzen. Andernfalls wird Ihre Kuh mit der Zeit, vor allem wenn das Umfeld auch noch härter wird, abmagern und die Milchleistung wird schlussendlich zusammenbrechen. Die Praxis zeigt, dass eine Kuh noch lange Milch gibt, auch wenn sie schon am Abmagern ist. Aber manchmal ist es dann auch zu spät.

Eine nachhaltige Milchleistung lässt sich nicht erzwingen, auch dann nicht, wenn der Bauer immer wieder mal aufgeregt und drohend mit dem Stecken in der Hand durch den Stall rennt. Solche Bauern hat es gegeben, gibt es immer noch. Denken Sie daran, jede Laktationszeit hat einmal ein Ende, und dasselbe wird auch für die fetten Jahre der Werkbetriebe gelten. Freuen wir uns über die finanziellen Mittel, welche die Werkbetriebe bereits jetzt regelmässig an die Stadt abliefern. Sie reduzieren die Steuerbelastung um beinahe 4 %. Aber bitte vermeiden Sie das Risiko eines Gebührenmissbrauchs, verhindern Sie eine Überbeanspruchung der Kundinnen und Kunden der Werkbetriebe und damit eine allfällige Abwanderung zu den bereits zahlreich wartenden Mitbewerbern auf dem Energiemarkt. Senden Sie kein falsches Zeichen an unsere Kunden. Verhindern Sie eine Benachteiligung derjenigen Liegenschaftsbesitzer, welche ihre nicht durch Stadtabgaben belastete Ölheizung durch eine umweltschonende elektrische Wärmepumpenheizung ersetzen möchten. Sicher werden wir keine Gebühren- oder Strompreiserhöhungen einfach machen, um Gewinn zu produzieren, aber wir werden vielleicht Anstiege der Strompreise rascher an die Kunden weiterleiten. Die Preistreiber sind diejenigen, die den Strom produzieren. Verhindern Sie, das wurde schon genannt, dass unsere finanziell schwächsten Mitbürgerinnen und Mitbürger schlussendlich mithelfen müssen, die Steuerbelastung der besser gestellten Einwohner zu reduzieren. Diese Aussage wurde relativiert, aber im Grundsatz hat sie eben doch etwas an sich. Und verhindern Sie bitte eine Überlastung unserer Industrie- und Gewerbebetriebe. Diese sind auf eine möglichst günstige Energieversorgung angewiesen. Denken Sie an eine Bäckerei, die kann nicht einfach sagen, jetzt brauche ich weniger Strom oder keinen mehr. Und die freut sich auch nicht, wenn der Strompreis steigt, denn die Kunden freuen sich auch nicht, wenn der Brotpreis steigt. Sorgen Sie dafür, dass die Unternehmen auch zukünftig gern in Frauenfeld bleiben und weiterhin diese wichtigen Arbeitsplätze und Lehrstellen schaffen.

Im Namen des Stadtrats – und ich denke auch zugunsten von uns allen schlussendlich – bitte ich Sie deshalb eindringlich, die vorliegende, halt eben doch wirtschaftsfeindliche und auch wenig soziale und staatspolitisch auch etwas fragwürdige Motion als nicht erheblich zu erklären.

**Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der Motionäre:** Nur ganz kurz: Ich habe gar nicht gewusst, Herr Stadtrat Huber, dass Sie auch ein Prediger sind. Ich dachte, das sei eher die Domäne des Stadtpräsidenten. Aber so, wie Sie da den Weltuntergang herbeipredigen, da muss ich schon sagen: Also bitte! Gebührenmissbrauch, sozial schlecht, wirtschaftsfeindlich, staatspolitisch bedenklich, ausgerechnet Sie mit staatspolitisch bedenklich, wo doch schon einiges im Argen liegt. Das ist staatspolitisch absolut sauber. Ich habe die Rechtsgrundlagen dargelegt. Es ist zulässig und wird an vielen Orten gemacht. Es ist staatspolitisch überhaupt nicht bedenklich, sondern zulässig. Und es ist auch gut. Die Antwort, getränkt aus der Perspektive des Betriebs verstehe ich auch. Der Betrieb und Sie als oberster Chef des Betriebs verteidigen den natürlich und jeden Rappen dort dürfen Sie verteidigen mit allen Klauen, die Sie haben, um auch einmal ein schönes Bild zu brauchen. Aber wir hier im Gemeinderat sind zuständig für das Gesamte, das Gesamtbild, das Gesamtinteresse und das Gesamtinteresse ist eben besser gewahrt mit der Erheblicherklärung der Motion ohne jeglichen Gebührenmissbrauch, ohne Gebührenerhöhung. Nur eine kleine, angemessene Gewinnablieferung für den Eigentümer des Betriebs.

Und dann noch zum Bild mit der Kuh: Sie muss gefüttert und gepflegt werden und sie muss Vorräte einlagern. Ja natürlich muss sie Vorräte einlagern. Aber Stadtrat Huber, meine Damen und Herren, was hat jetzt diese Kuh, diese fette Kuh 30 Jahre lang gemacht? Sie hat 30 Jahre lang Vorräte eingelagert. Wir haben ein Eigenkapital von über 50 Mio. Franken, wir haben eine Eigenkapitalquote von über 80 %. Ich finde, man sollte nicht nur schöne Bilder brauchen, sondern auch harte Facts und Zahlen. Und dann haben wir, von dem haben wir noch gar nicht gesprochen, dort in diesem Gebäude stille Reserven, dass es chlöpft und tätscht. Also bitte, Erheblicherklärung geht sehr gut.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Wir haben nun alle Voten gehört und ich kann auch rechnen. Um Klarheit zu schaffen, ich möchte einen klaren Entscheid, werden wir abstimmen, damit das Büro auszählen kann.

## Abstimmung

Die Motion "Gewinnablieferung der Werkbetriebe" wird mit 18 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen als nicht erheblich erklärt.

226

### **MOTION BETREFFEND "STADTBUSTARIFE" DER GEMEINDERÄTINNEN ANITA BERNHARD-OTT, SANDRA KERN UND SALOME SCHEIBEN BERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG ÜBER ERHEBLICHKEIT, EV. ZUWEISUNG**

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Mit Beschluss Nr. 5 wurde die Motion betreffend "Stadtbustarife" der Gemeinderätinnen Anita Bernhard-Ott, Sandra Kern und Salome Scheiben am 8. Januar 2019 vom Stadtrat beantwortet. Auf Wunsch der Motionärinnen diskutieren wir die Motion erst an der heutigen Sitzung des Gemeinderats.

**Gemeinderätin Sandra Kern (CH), Referentin im Namen der Motionärinnen:** Meine Gemeinderatskolleginnen und ich haben letztes Jahr einen Vorstoss mit einer spezifischen Tarifidee für den Stadtbus eingereicht mit der Bestrebung, neue Kundensegmente für den Stadtbus zu generieren, um so dem Ziel, 40 % des Mehrverkehrs durch den ÖV zu decken, mit neuen Massnahmen gerecht zu werden. Die Motion beinhaltet darum einen konkreten Vorschlag, wie man einen kleinen Schritt in die entsprechende Richtung machen könnte. Unsere Intuition war es nicht, einfach eine neue Diskussion auszulösen, sondern effektiv mitzuhelfen, den Stadtbus attraktiver zu gestalten. Im Vorherein haben wir verschiedene Ideen besprochen und auch abgeklärt und hätten auch einige andere Vorschläge in Petto gehabt. Jedoch haben wir uns schlussendlich dafür entschieden, einen kleinen, aber konkreten und gemäss unseren Abklärungen einfach umsetzbaren Vorschlag einzubringen. Auch mit dem Ziel, dass wir so allenfalls eine mehrheitsfähige Lösung präsentieren könnten und nicht irgendwelche utopischen Neuerungen, welche auch noch morgen nicht eine Besserung bringen werden.

Mit diesem Hintergrund ist es vielleicht verständlich, dass wir über die ablehnende Beantwortung des Stadtrats ziemlich enttäuscht waren. Die Berechnungen des Stadtrats basieren nur auf Ist-Zahlen und lassen es so aussehen, dass nur ganz wenige Personen davon profitieren würden. Aber es ist uns nie darum gegangen, dass bereits bestehende Kunden davon profitieren könnten, sondern vielmehr, dass neue Kunden dadurch angezogen werden könnten. Das mögliche Potenzial lässt sich leider schwer voraussagen und schon gar nicht in Zahlen ausdrücken. Aber wir finden, das Risiko, es herauszufinden, ist verschwindend klein und würde sich lohnen. Wenn nur schon einer von 50 einmal mehr den Bus anstatt das Auto nehmen würde, hätte es sich gelohnt.

Der Stadtbus bedient sich seit jeher des Pilotbetriebs, um die möglichen Kundenbedürfnisse ausfindig zu machen. Warum wäre das denn nicht bei einem neuen Tarif auch möglich? Des Weiteren finden wir es schade, dass der Stadtrat in seiner Beantwortung zu sehr die Fahrten von und zum Bahnhof in den Fokus stellt. Auch hier wird wieder nur von Ist-Zahlen und der grössten momentanen Nachfrage ausgegangen. Das ist uns einfach zu wenig weit gedacht. Gerade Kurzstreckenbillette sind nicht Tickets, die attraktiv sind, wenn man eine Fahrt zum Bahnhof machen will. Denn in diesem Fall hat man voraussichtlich bereits ein Zonenticket für das Umsteigen auf den Zug oder man besitzt als Pendler ein Abo. Vielmehr sind es die Strecken dazwischen, wie auch von uns beschrieben, zum Beispiel die Fahrt vom Altersheim zum Coop oder vom Bühl zum Volg im Huben oder vom Quartier in die Altstadt. Dies wäre auch für die Entwicklung der Innenstadt eine spannende Frage, da man in der Altstadt somit weniger Parkplatzsuchverkehr hätte.

Wir verstehen zwar, dass Bestrebungen zur Vereinheitlichung der Tarife bestehen und man ein solches Kurzstreckenbillett im OTV bis anhin nur in St. Gallen kennt. Jedoch finden wir, dass eine Kantonshauptstadt wie Frauenfeld mit zielführenden Neuerungen auch selbstbewusst vorgehen könnte und dies somit kein Argument darstellt. Genau aus diesem Grund haben wir uns mit unseren Vorschlägen auf dieses Kurzstreckenbillett beschränkt, da dies gemäss Abklärungen technisch umsetzbar und auch bereits in der Region bekannt ist. Darum wie gesagt ist unsere Enttäuschung umso grösser. Vielleicht wäre die Einführung von Kurzstreckenbilletten zwar nur ein kleiner Schritt, dem genannten Ziel näherzukommen, aber zumindest in die richtige Richtung. Darum würden wir uns freuen, wenn die Mitglieder des Gemeinderats uns bei unseren Bemühungen, die Attraktivität des Stadtbusses zu steigern, unterstützen und entgegen der Empfehlung des Stadtrats unsere Motion als erheblich erklären würden.

**Gemeinderat Andres Storrer (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Gleich vorweg: Wir erachten die Motion einstimmig als nicht erheblich und folgen somit der Empfehlung des Stadtrats. Dies aus den folgenden beiden Gründen:

1. Nutzen: Die Beantwortung durch den Stadtrat ist für uns nachvollziehbar und verständlich. An dieser Stelle besten Dank dafür. Auch aus unserer Sicht ist die Wirkung eines Kurzstreckenbilletts fraglich. Entgegen den Erwägungen des Stadtrats gehen wir davon aus, dass die zentrumsnahen Nutzer von und zum Bahnhof den ÖV vielfach mittels Abonnement benutzen, wodurch diese Nutzer irrelevant wären. Doch selbst wenn das gesamte Busnetz gleichermassen berücksichtigt würde, auch der Langsamverkehr nimmt stetig zu, was positiv zu werten ist, nicht aber für den Nutzen eines Kurzstreckenbilletts spricht.
2. Kosten: Obschon die Förderung des ÖV etwas kosten darf, muss berücksichtigt werden, dass die Stadt nebst den ordentlichen Subventionen auch das Defizit des Stadtbusses trägt. 2018 betrug dieses 1.84 Mio. Franken bei 2.44 Mio. Fahrgästen. Dies entspricht 75 Rappen pro Fahrt oder anders ausgedrückt 3 Steuerprozenten. 2019 ist wiederum ein Defizit von 2.17 Mio. Franken zu erwarten.

Bei der Diskussion über die Motion und in diesem Zusammenhang auch über das Mobilitätskonzept "Mobilität 2030" haben sich zwei Fragen eröffnet, welche der Stadtrat bei dieser Gelegenheit allenfalls spontan beantworten kann.

1. Mobilität 2030: Was sind die dahingehenden Absichten des Stadtrats bezüglich des Stadtbusses?
2. Nach wie vor sind Frauenfelder Quartiere vom Stadtbus schlecht bis gar nicht erschlossen. Als Anwohner von Gerlikon werde ich oft damit konfrontiert, und auch der Workshop "Leben und Wohnen in Gerlikon" hat dieses Anliegen verdeutlicht. Die alternative Verkehrsvariante ist hier grossmehrheitlich das Auto. Sind konkrete Pläne zum Ausbau des Busnetzes in Aussicht? Denn damit würden, wie eingangs von der Motionärin Gemeinderätin Sandra Kern erwähnt, deutlich mehr neue Stadtbushafte gewonnen, was auch das Ziel sein soll.

**Gemeinderätin Ursula Duewell (FDP), Referentin im Namen der Fraktion FDP:** Wir haben die Antwort des Stadtrats auf die Motion "Stadtbustarife" an der Fraktionssitzung diskutiert. Die Motionärinnen fordern den Stadtrat auf, in der Zone 921 Kurzstreckenbillette für maximal fünf Stationen einzuführen. Dies wäre ein Novum im Ostschweizer Tarifverbund. Kurzstreckenbillette gibt es bis jetzt nur in grösseren Städten wie St. Gallen, die mehrere Zentren aufweisen. Vergleichbare Städte wie Schaffhausen, Kreuzlingen und Wil kennen diese nicht.

Gemäss aktueller Gemeindeordnung ist der Stadtrat für die Tarife für den Stadtbus zuständig. Der Gemeinderat entscheidet nur über Kredite für Tarifsubventionen. An der Gemeinderatssitzung vom 11. Dezember 2016 hat der Gemeinderat damals beschlossen, nur noch Kindertarife zu subventionieren. Regelmässige Benützer haben Monats- oder Jahresabonnemente. Nur ein kleiner Teil der Fahrten betrifft Einzelbillette. Da das Bushaltestellennetz sehr eng ist, würde nur ein kleiner Prozentsatz von der Einführung der Kurzstreckenbillette profitieren. Unseres Erach-

tens kann man in diesem Zusammenhang auch nicht von einem Umsteigen vom Auto auf Bus, sondern höchstens von zu Fuss auf Bus oder bei schlechtem Wetter vielleicht von Velo auf Bus sprechen. Wir glauben nicht, dass zusätzliche Kosten durch eine Nachfragesteigerung gedeckt werden könnten. Die Einführung würde dadurch zu zusätzlichen Subventionen führen, von denen nur ein kleiner Teil der Bevölkerung profitieren würde. Die Fraktion FDP wird deshalb geschlossen gegen die Erheblichkeitserklärung stimmen.

**Gemeinderätin Susanna Dreyer (CVP), Referentin im Namen der Fraktion CVP/EVP:** Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Motion. Wenn wir zurückschauen, so haben wir das Thema Festsetzen der Bustarife bereits ausführlich an der Gemeinderatssitzung vom Februar 2016 behandelt. Gemeinderat Samuel Kienast hat sich damals im Namen der CVP/EVP-Fraktion intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und einen Antrag gestellt, der dann vom Gesamtgemeinderat mit 19 zu 18 Stimmen abgelehnt wurde. Günstige Tageskarten, womit man mit einem Abstempeln in die Stadt und zurückfahren kann, wären für die Stadtbuskunden eine markante Erleichterung im Handling gewesen. Wir sind der Meinung, dass die heutige Anfrage nicht wirklich Sinn macht. Das Anliegen der Motionärinnen verstehen wir. Es ist aber keine Lösung, die eine teure Umstellung rechtfertigen würde. Und wer weiss denn schon, wie wenig Haltestellen bis zum Ziel sind. Einzelfahrten sind grundsätzlich teurer und wenn ein Fahrgast an der Neuhauserstrasse einsteigt, dann kann er bis zum Zeitpunkt, an dem er am Bahnhof ankommt, kaum ein Billett lösen. Vorausgesetzt, der Billettautomat funktioniert überhaupt. Ich habe bei meiner letzten Stadtbushfahrt erlebt, dass eine Gruppe aus Schaffhausen im Bus am Automaten Tickets lösen wollte. Leider war der Apparat kaputt und der Chauffeur konnte keine Tickets verkaufen. Seine Antwort war, sie sollen im Bus, der vor ihnen steht, die Billette lösen, dass er aber in zwei Minuten losfahren müsse. Auch das ist keine Lösung und nicht touristenfreundlich. Eine prüfungswerte Variante wäre möglicherweise eine Abklärung über die Kosten von Gratisbilletten, losgelöst vom Ostwind. Wie Sie sehen, gibt es noch einiges, das geklärt werden könnte, das echte Vorteile bringen würde. Wir sind gespannt. Die Fraktion CVP/EVP hat sich einstimmig entschieden, die Motion als nicht erheblich zu erklären.

**Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso:** Die Förderung des öffentlichen Verkehrs ist unserer Fraktion ein Anliegen. Einerseits im Sinne eines guten Service public, andererseits im Sinne der Umwelt. Und die aktuelle Klimadebatte mit Klimademonstrationen auch in Frauenfeld und die Wahlergebnisse für den Gemeinderat zeigen deutlich, dass Umweltfragen auch der Frauenfelder Bevölkerung ein Anliegen sind. Nun haben wir in Frauenfeld ein gutes und besser werdendes Stadtbusnetz. Die Tarife sind aber durch den Zusammenschluss mit dem Ostwindverbund für die Förderung des öffentlichen Verkehrs deutlich zu hoch. Gerade finanzschwächere Personen können sich diese Tarife kaum leisten. So ist für uns unbestritten, dass wir das Anliegen der Motionäre befürworten und unterstützen.

Wenn im Sinne der Antwort des Stadtrats zu wenige Anwohner von einem Kurzstreckenbillett für fünf Haltestellen profitieren, dann nur zu. Wir sind offen dafür, die Kurzstrecke auf mehr Haltestellen auszuweiten, sodass auch Bewohner der aussenliegenden Quartiere von diesem Tarif profitieren können. Und Frauenfeld darf in diesem Punkt unter Städten vergleichbarer Grösse gern eine Vorreiterrolle einnehmen. Zum Label der Energiestadt würde diese konsequente Förderung des öffentlichen Verkehrs doch wunderbar passen. In diesem Sinn ist unsere Fraktion einstimmig für eine Erheblichkeitserklärung der Motion.

**Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:** Wir sind von der ablehnenden Antwort des Stadtrats enttäuscht. In seiner Antwort auf die Motion wird gänzlich auf den Bahnhof als Zentrum des Stadtbusses fokussiert. Die heutige Situation mag dazu verleiten. Und in der Tat ein Kurzstreckenbillett für die Fahrten zum Bahnhof ist nicht dringend notwendig. Viele Fahrten zum Bahnhof enden ja nicht dort, diese ÖV-Benützer brauchen mit wenigen Ausnahmen ein Mehrzonenbillett für die ganze Fahrt. Auch ist das Auto für kurze Busfahrten zum Bahnhof preislich keine grosse Konkurrenz, da am Bahnhof für das Abstellen des Autos Parkgebühren fällig werden. Aber auf den wichtigen Aspekt, dass neue Zielgruppen er-

reicht werden sollen, geht der Stadtrat in seiner Antwort überhaupt nicht ein. Die Motionärinnen schreiben ja explizit, dass nicht nur bestehende Kundensegmente gehalten werden sollen, wenn gemäss dem Mobilitätskonzept 2030 40 % des jährlichen Mehrverkehrs vom ÖV übernommen werden sollen. Es geht also nicht darum, eine kleine, bestehende Nutzergruppe zu subventionieren. Es sollen mit einem attraktiven Angebot neue Kunden gewonnen werden. Das einzige im Vorstoss genannte Beispiel ist ja genau eines ohne Bahnhof als Start- oder Zielort, nämlich vom Alterszentrum Park zum Schlosspark. Vergleichbare Fahrten sind auch zum Beispiel aus dem Murgbogen zum Multiplex oder Allmend-Center, dem Lidl oder Coop Bau & Hobby. Oder vom in der Antwort erwähnten Schönenhofquartier eben nicht zum Bahnhof, sondern nur zum Quartierzentrum Talbach mit einer Metzgerei, Bäckerei und Denner. Bei diesen Destinationen fallen in den meisten Fällen für Autofahrer keine Gebühren an. Und preislich kann der Stadtbus für diese kurzen Fahrten nicht mit dem MIV mithalten. Der Stadtbus ist für eine Person mindestens fünf Mal, bei zwei Personen mindestens zehn Mal teurer. Der MIV macht auf diesen hochsubventionierten Gemeindestrassen dem Stadtbus Konkurrenz. Da dürfte die Stadt es sich auch etwas kosten lassen, wenn weitere Leute auf den ÖV gelockt werden sollen. Und der Stadtrat anerkennt in seiner Antwort ja, dass Kurzstreckenbillette für Fahrten in Quartierzentren Sinn machen. Warum das nur für grosse Strecken gelten soll, ist uns schleierhaft. An verschiedenen Stellen ist ja immer wieder von der geplanten Stärkung der Frauenfelder Quartierzentren zu lesen. Und ein Kurzstreckenbillett würde auch dieses Ziel unterstützen. Lieber schaut der Stadtrat mutlos auf gleich grosse Städte im Ostwindgebiet. Es war doch der Stadtrat, der mit seinem Mobilitätskonzept 2030 das Ziel ausgerufen hat, dass 40 % vom Mehrverkehr vom ÖV übernommen werden sollen. Und dazu braucht es halt wieder einmal den Mut, wie bei der Einführung des Stadtbusses selbst den vergleichbaren Städten einen Schritt voraus zu sein. Wir sind überhaupt gespannt, mit welchen anderen Massnahmen der Stadtrat 40 % des Mehrverkehrs durch den ÖV abdecken will, wenn er sogar ein Kurzstreckenbillett als bestehendes Produkt im Tarifverbund Ostschweiz schlechtredet. Wir bitten alle Gemeinderäte, diese Motion als erheblich zu erklären. Ein Kurzstreckenbillett macht den Stadtbus noch lange nicht zum Low-Budget-Verkehrsmittel und es ist auch nicht das alleinige Instrument, den ÖV zu stärken, aber es wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

**Gemeinderat Fredi Marty (MproF):** Ich kann den Argumenten der drei Gemeinderätinnen von Chrampfen und Hirnen folgen. In ihrer Motion begründen sie nachvollziehbar, warum in der Zone 921 Kurzstreckenbillette für maximal fünf Stationen zum halben Preis einer Einzelfahrtkarte erhältlich sein sollen. Ich teile die Meinung unserer Kolleginnen, dass für kurze Strecken die Tickets für den Stadtbus zu teuer sind. Der Vergleich mit dem Postautotarif für die Fahrt nach Tobel Affeltrangen oder mit dem Bahnbillett nach Winterthur spricht Bände. Wenn wir die Ziele des Frauenfelder Mobilitätskonzepts 2030 ernstnehmen und den öffentlichen Verkehr vermehrt fördern wollen, dann ist der Preis für ein Ticket zum Beispiel wie erwähnt vom Alterszentrum Park zum Einkaufszentrum Schlosspark eindeutig zu hoch. 3.20 Franken für zwei Stationen, eine Minute Fahrzeit für rund 400 Meter und nur eine Stunde gültig – also wenn ich mit dem Einkauf nicht durchkomme, dann muss ich bei der Rückfahrt wieder 3.20 Franken bezahlen, dann kostet mich das schon 6.40 Franken. Also ich bitte Sie, dann kann ich mir geradesogut ein Taxi bestellen. Oder besser noch ich gehe zu Fuss. Aber insbesondere für ältere Leute mit vollen Einkaufstaschen ist ein solcher Spaziergang unzumutbar. Sie sind auf den Stadtbus und auf faire Ticketpreise angewiesen. Deshalb überrascht es mich ein wenig, dass sich die CVP gegen diese Motion ausspricht, hat sie doch eine Stadträtin, die sich mit vollem Einsatz für die Belange der älteren Generation einsetzt. Der Stadtrat betont in seiner Beantwortung, dass ein Kurzstreckenbillett nur für einen Teil der Fahrgäste mit Einzelfahrtkarte sinnvoll wäre. Und weiter, die Subventionen für diese Billette würden insgesamt ca. 60'000 Franken pro Jahr betragen. Diese Haltung erscheint mir etwas kurzsichtig. Wir geben in Frauenfeld weit mehr Geld für Projekte aus, die unserer Stadt weniger bringen als die Einführung eines Kurzstreckenbilletts. Die drei Ratskolleginnen weisen uns einen guten Weg, der dazu beiträgt, dass der ÖV und somit auch der Frauenfelder Stadtbus 40 % des Mehrverkehrs übernimmt. Dieser parlamentarische Vorstoss macht Sinn, ich habe in dieser Legislatur schon schlechtere Vorstösse erlebt. Deshalb bitte ich Sie, die Motion als erheblich zu erklären.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH):** Die ersten drei Fraktionsvoten haben mich etwas nachdenklich gestimmt. Schon die Diskussion vorher. Ich spüre da eine defensive Haltung im Rat. Das passt für mich mit dem Eindruck zusammen, den ich von Frauenfeld hatte, als ich in die Ratssitzung gelaufen bin. Es ist ein Frühlingstag und vielleicht gehen die Gefühle mit mir durch, aber die meisten werden mir beistimmen, die Zahlen sprechen auch für mich, dass wir in einer aufstrebenden Stadt leben, in einer gesunden Stadt, in einer Stadt, die eigentlich allen Grund hätte, ein bisschen mutig zu sein. Und deshalb verstehe ich auch nicht diese Haltung. Ich verstehe nicht, weshalb man sich mit Wil und Kreuzlingen vergleichen möchte und nur schon Angst hat vor einem Vergleich mit St. Gallen. Das ist ja auch nicht gerade eine Grossstadt. Also mindestens St. Gallen müssten wir als Vision vor uns haben. Soviel Selbstbewusstsein darf sein. Das hängt mit dem zweiten Punkt zusammen, den ich mit euch besprechen möchte. Wir haben heute Abend eine interessante Rollenumkehr, schon bei der ersten Diskussion, jetzt wieder. Auf unserer Seite sitzen ganz eindeutig die unternehmerisch denkenden Räte und Rätinnen und auf der anderen Seite die konservativeren, bewahrenderen. Als Unternehmer muss man ja Chancen und Risiken abwägen und dann einen unternehmerischen Entscheid treffen. Natürlich gibt es Risiken, wenn wir das Kurzstreckenbillett einführen. Und es gibt gewisse Kosten, die sind allerdings im Vergleich zu den Gesamtsubventionen, wie vom Stadtrat dargelegt, mit 60'000 Franken relativ überschaubar. Und auf der anderen Seite stehen eben Chancen, die wir als Unternehmer eben packen sollten. Wenn der Stadtrat keine Lust hat, Unternehmer zu sein, sollten es wenigstens wir sein. Die Chancen wurden genannt. Wir können mit einem Kurzstreckenbillett neue Kunden ansprechen. Und genau darum geht es doch, wenn man ein Geschäft hat und Marketing betreibt, neue Kunden zu finden. Das führt dann zu einer besseren Auslastung des Stadtbusses, was die Gesamtsubventionen verkleinern kann. Und es ist wie gesagt ein Beitrag zum Mobilitätskonzept 2030. Last but not least: Vorher haben sich die Bürgerlichen ja für die einkommensschwachen Mitbürgerinnen und Mitbürger eingesetzt. Das wäre doch eine Gelegenheit, den Allerärmsten etwas Gutes zu tun. Vielen Dank, wenn Sie auch Ihre Positionen hinterdenken.

**Gemeinderat Stefan Geiges (CVP):** Angetönt wurde Mut und Unternehmen, ich fühle mich angesprochen. Selbstverständlich beziehe ich gern dazu Stellung. Ich war 20 Jahre lang in der Kommission für öffentlichen Verkehr. 20 Jahre lang. Fast bei allem, was der öffentliche Verkehr machen wollte inklusive Stadtbus habe ich mitgemacht. Fast bei allem habe ich mitgemacht. Ich glaube, wir haben in dieser Stadt ein Problem, und das ist unser Problem und deshalb bin ich gegen diese Erheblichkeitserklärung. Wir haben das falsche System. Unser Tarifverbund Ostwind ist schlicht und einfach nicht gemacht für den Stadtbus Frauenfeld. Schlicht und einfach, wenn wir Mut haben wollen, wenn wir unternehmerisch tätig sein wollen, dann werfen wir die Tarife Ostwind über Bord und sagen, ein Billett kostet 2 Franken, ein Halbtax kostet 1 Franken. Ich habe diese Zahlen auf heute extra kommen lassen. Wir haben 2400 Totaleinsteiger, daraus resultieren 1.8 Mio. Franken Einnahmen. Beziehungsweise es sind 2.4 Mio. Franken, aber nur 1.7 Mio. Franken kommen vom Ostwind, dann kommt noch ein bisschen vom Kanton. Wenn wir Mut haben wollen, dann verhandeln wir mit dem Kanton, werfen den Ostwind über Bord und machen einen eigenen Stadtbustarif. Aber nichts kosten darf es auch nicht. Das ist auch nicht gut. Soviel zum Unternehmertum. Da bin ich sofort dabei.

**Stadtrat Urs Müller (CH):** Einleitend - ich komme leider nicht auf 20 Jahre Erfahrung, das schaffe ich jetzt nichtmehr. Und nur weil es schon schlechtere Vorstösse gab, muss dieser ja nicht gut sein, Fredi Marty. Aber ich bedanke mich für Ihre Voten und komme noch zu einigen Ergänzungen, und es wurden auch noch Fragen gestellt.

Es ist ja nicht der erste Vorstoss zum Stadtbus und auch nicht zu den Tarifen. Wir haben das gehört. Ich erinnere auch an die letzte Vorlage, die übrigens seitens des Stadtrats gekommen ist, vor einem Jahr hier im Rat diskutiert, der Ausbau aufgrund des Fahrplanwechsels und Anpassung Morgenangebot. Rund 185'000 Franken pro Jahr wurde da mehr gesprochen. Also es ist nicht so, dass wir beim Thema Stadtbus einfach die Hände in den Schoss legen.

Für Betrachtungen, wie sie gefordert werden, um eine solche Motion beantworten zu können, müssen wir uns sehr wohl auf bestehende Zahlen abstützen, sonst würde uns das dann vorgeworfen, wir hätten das nicht getan und fantasieren irgendetwas.

Die Fragen von Andres Storrer - Mobilität 2030 und die Absichten des Stadtrats einerseits und andererseits teils schlecht erschlossene Gebiete, genannt Gerlikon: Es ist so, wir haben eine Stadtbusstrategie 2030 erarbeitet. Diese haben wir in den Kommissionen auch bereits einmal vorgestellt. Der nächste Schritt für einen Ausbau des Stadtbusangebots bedingt als Erstes einen Ausbau oder Neubau des Depots. Zukünftige Ausbauschritte können wir nur mit zusätzlichen Fahrzeugen gewährleisten, anders geht es nicht. Das bedeutet, dass wir ein neues Depot brauchen; bereits jetzt steht ein Bus unter dem Vordach. Das zu den Absichten.

Zu den Themen der Motionärinnen, auch Roman Fischer hat da ja noch einige Überlegungen gebracht, möchte ich noch unsere Überlegungen, wie wir sie bereits in der Botschaft dargelegt haben, noch ergänzen. Zuerst nochmals das Thema Fokus auf den Bahnhof: Es ist so, dass wir mit unserem System auf den Bahnhof ausgerichtet sind. Das ist so. Wir haben aber auch nochmals Zahlen betrachtet, bestehende Zahlen, also richtige Zahlen, nicht irgendwelche, die in Zukunft sein könnten. Beispielsweise die Betrachtung einer Fahrt vom Schaffhauserplatz, respektive aus Richtung Sonnmatt zum Schaffhauserplatz, also nicht bis zum Bahnhof, sondern aus Richtung Sonnmatt bis zum Schaffhauserplatz, wäre eine solche kurze Fahrt. Da steigen in der Arbeitswoche, also Montag bis Freitag, pro Tag durchschnittlich 17 Leute aus. Das sind Zahlen, die wir haben. Einsteiger in Richtung Stadt sind es 95 und Aussteiger am Bahnhof sind es dann 479. Es gibt noch mehrere solche Beispiele. Beispielsweise aus Richtung Huben bis zum Kantonsspital, wo wir jetzt auch ein Quartierzentrum mit Laden, Volg usw. haben, da sind es 12 Aussteiger. Einsteiger im Gegensatz Richtung Stadt sind es 270 und am Bahnhof steigen 515 aus. Auch Talbach Richtung Sandbühl: Aus Richtung Sandbühl zum Talbach sind es 14, die aussteigen, Einsteiger sind es 114. Also unser System ist auf den Bahnhof ausgerichtet, das ist so, auch berechtigterweise. Und zum Thema Quartierzentrum: Da geht es nicht um das Thema, dass wir Kantonshauptstadt sind, sondern es geht schlicht um die Grösse. Und wenn wir die Grössenordnungen anschauen, St. Gallen hat 70'000 Einwohner, in Zürich, wo es Kurzstreckenkillette gibt, da sind die einzelnen Quartiere grösser als Frauenfeld. Um das geht es. Es geht nicht darum, ob wir Kantonshauptstadt sind oder nicht.

Neue Zielgruppen ansprechen: Wir haben unterdessen auch neue Zahlen, die seit der Beantwortung der Motion dazugekommen sind. Als wir die Motion beantwortet haben, hatten wir Zahlen von 2014. Da war es so, dass knapp 40 % ein Einzelbillett nutzten. Neu sind es noch etwa 25 %. Also der Trend ist ganz klar Richtung Flatrate, beispielsweise Abonnemente. Wir bezweifeln, dass wir mit der Massnahme Kurzstreckenkillett hier wirklich neue Zielgruppen erschliessen würden.

Konkurrenz zum Auto: Das ist richtig. In der Verkehrsplanung ist es unbestritten, dass es sogenannte Push- und Pull-Massnahmen braucht. Nur Tarifvergünstigungen ohne Erhöhung der Kosten für den motorisierten Individualverkehr, da ist die Wirksamkeit gering. Und auch hier sind wir deshalb dran, aktuell ist das Parkierungsreglement in Überarbeitung. Also wir bleiben auch an diesem Thema dran.

Und schliesslich noch die Umsetzung der Kurzstrecken: Das wäre wirklich sehr komplex. Es wurde genannt, wir sind nun mal im Tarifverbund Ostwind. Dass ein Ausstieg aus diesem Tarifverbund wirklich die bessere Massnahme wäre, glaube ich nicht, und dass wir zu neuen Kundensegmenten kommen. Klar, wir könnten die Tarife für uns in Frauenfeld wieder selbst bestimmen. Aber das doch zu sehr gewichtigen Nachteilen. Und eine Umsetzung für Kurzstreckenkillette ist einfach schwierig. Berechtigte Kritik am ÖV, das ist der komplizierte Zugang. Das ist so. Deshalb soll das System aber nicht noch komplizierter gemacht, sondern Lösungen zur Vereinfachung gesucht werden.

Ich komme somit zum Fazit: Der Stadtrat erachtet einfach die Kurzstreckenbillette nicht als die geeignete Massnahme für die weitere Förderung. Ich möchte aber auch klarstellen, der Stadtrat ist für die weitere Förderung des ÖV. Aber wir glauben nicht daran, dass die Massnahme Kurzstreckenbillette einen signifikanten Umsteigeffekt und neue Kunden bewirken oder erzielen könnte. Es soll das Gesamtpaket Mobilität im Auge behalten werden, und hierzu gehören eben auch Massnahmen wie Verkehrslenkung mit dem Parkierungsreglement. Aber auch die Tarifgestaltung beim Stadtbus – wir haben es in der Botschaft angetönt – soll weiterhin Thema bleiben.

Noch eine kleine Pointe zum Schluss: Wir hatten kürzlich eine Reklamation wegen eines pfeifenden Chauffeurs, aber Reklamationen wegen den Preisen hatten wir so nicht. Wir haben gerade eine Umfrage gemacht und dort wurde der Preis nicht als signifikantes Kriterium genannt. Somit bitte ich Sie, die Nichterheblicherklärung wie beantragt zu unterstützen.

**Gemeinderätin Salome Scheiben (CH), Referentin im Namen der Motionärinnen:** Vielen Dank für die Diskussion und die verschiedenen Voten. Es war sehr spannend zuzuhören. Ich habe herausgespürt, dass eigentlich für viele hier im Rat der ÖV wirklich ein grosses Thema und ein wichtiges Anliegen ist und auch viele verschiedene Wünsche und Forderungen im Raum stehen. Das war bei uns auch so. Als wir diese Motion geschrieben haben, haben wir uns verschiedene Sachen überlegt, das stand auch in der Thurgauer Zeitung. Wir haben an ein Ticket gedacht, welches zwei Stunden lang gültig ist statt nur eine Stunde, das würde auch schon sehr viel bringen. Ich hatte auch eine Begegnung mit einem älteren Ehepaar aus dem Flurhof, die nehmen immer das Auto, wenn sie einkaufen gehen, weil es mit dem Bus einfach zu teuer ist für zwei Personen. Denen wäre ein Zweistundenticket zum Beispiel dienlich. Diese Tageskarte für 5 Franken, welche Gemeinderat Samuel Kienast mal vorgebracht hat, fänden wir auch eine sehr gute Lösung. Wir haben uns auf diese eine Forderung beschränkt, weil es hiess, sie sei umsetzbar. Es gebe sie schon in diesem Tarifverbund in St. Gallen. Das war eigentlich für uns das Hauptargument, dass wir nur diese Forderung gestellt haben, weil wir gehofft haben, dass es nicht so viele Diskussionen gibt, weil sie umsetzbar ist. Schade, dass die Antwort so ausgefallen ist. Wir dachten, es wäre ein Schritt in die richtige Richtung und wir hätten uns wirklich gewünscht, dass das unterstützt wird. Nun ist es nicht so. Ich hoffe aber trotzdem sehr, dass der Stadtrat und auch die Kolleginnen und Kollegen im Kopf behalten, dass der ÖV ein wichtiges Thema ist, dass in diesem Bereich wirklich etwas gemacht werden sollte, wenn man dieses Ziel, 40 % des MIV auf den Bus zu bringen, auf den ÖV zu bringen, erreichen möchte. Ich bin froh, wenn man da dranbleibt und freue mich, seitens des Stadtrats wieder davon zu hören. Wir behalten uns auch vor, allenfalls erneut einen Vorstoss zu wagen.

### Abstimmung

Die Motion "Stadtbustarife" wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen für nicht erheblich erklärt.

227

### BERICHTERSTATTUNG ÜBER DEN STAND DER REALISIERUNG RICHTPLANUNG PER ENDE 2018 KENNTNISNAHME

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Mit Botschaft Nr. 43 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 26. Februar 2019 haben wir den Bericht zum Stand der Realisierung Richtplanung per Ende 2018 erhalten. Mit Beschluss des Gemeinderats vom 4. Juli 2018 in Zusammenhang mit der Gesamtrevision des Baureglements muss der Stadtrat einmal pro Legislatur dem Gemeinderat Bericht erstatten. Der Stadtrat erachtet es als zweckmässig, dies am Ende der Legislatur zu machen, was er mit der vorliegenden Botschaft tut. Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: Bei Bemerkungen zu bestimmten Massnahmen oder Richtplänen geben Sie bitte

die Seite im Bericht an, ansonsten gehen wir davon aus, dass es sich um allgemeine Voten zum Bericht handelt. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden?

**Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:** Das Traktandum klingt zugegebenermassen nicht besonders spektakulär und auch das Thema ist keines, wo man sich bei uns in der Kommission darum streitet, wer etwas sagen darf. Damit wird man aber der Bedeutung der Richtplanung und auch der vierjährigen Berichterstattung nicht gerecht. Wenn man sich nämlich Zeit nimmt und sich mit den Richtplänen und dem Stand der Realisierung vertieft befasst, erfährt man viel darüber, wie eine Gemeinde sich über die Zeit in der grossen Linie entwickelt hat und auch noch entwickeln soll. Stadtrat Urs Müller, Christof Helbling, der Leiter des Amts für Hochbau und Stadtplanung und auch der Stadtplaner Adrian Sauter stellten uns den Bericht vor und standen uns in der Kommission Red und Antwort. Wir möchten uns bei ihnen ganz herzlich bedanken. Ein spezieller Dank gebührt aber auch all den Personen in der Verwaltung, die im Hintergrund an der zweifellos aufwendigen Berichterstattung beteiligt waren.

Richtplanungen sind vor allem ein Instrument des Stadtrats. Die vorliegende 5. Berichterstattung zur Realisierung der Richtplanung erfolgt erstmals auf Wunsch und Beschluss des Gemeinderats und nicht mehr gemäss dem Vorgehen aus dem Baureglement. Wir als Gemeinderat können zum Bericht keine Beschlüsse fassen, sondern ihn lediglich zur Kenntnis nehmen. Aktuell deckt der Bericht fünf Richtpläne ab. Die ältesten beiden sind bereits 20 Jahre alt, am aktuellsten ist der Richtplan Energie aus dem Jahr 2014. Die Richtpläne werden durch drei richtplanähnliche Instrumente ergänzt. Darunter das Agglomerationsprogramm und auch das Konzept Mobilität 2030.

Zwei Fragen blieben in der GPK unbeantwortet und werden vielleicht heute Abend vom zuständigen Stadtrat noch beantwortet. Zum einen ist das die Frage, ob die Vereinigung der Stadttingenieure in Bezug auf eine Entlastung des Stadtzentrums vom überregionalen LKW-Durchgangsverkehr schon aktiv geworden ist. Die zweite Frage ist die nach einer Zwischenbilanz in Bezug auf die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft im Richtplan Energie. Erste Zwischenziele sind nämlich erst für das Jahr 2025 festgehalten. Wenn man ggf. noch korrigierend eingreifen wollen würde, wäre da eine Zwischenbilanz doch sehr hilfreich. Die GPK Bau und Werke nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

**Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott (CH), Referentin im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:** In unserer Fraktion wurde länger über den Realisierungsstand der Richtplanung per Ende 2018 diskutiert. Wir sind der Meinung, über das Gesamte gesehen stimmt die Richtung. Wir sind auf gutem Weg. Gerade vom Teilrichtplan Siedlung konnten wohl etliche der definierten zentralen Ziele in Angriff genommen oder sogar umgesetzt werden, auch wenn wir uns gewünscht hätten, dass bei einzelnen Projekten einiges mehr an Qualität eingefordert worden wäre. Denn die in Frauenfeld in letzter Zeit realisierten Überbauungen überzeugen nicht in allen Fällen, weil sie einseitig auf möglichst hohe Ausnützung setzen und die städtebauliche Einbettung sowie die Gestaltung vernachlässigen. Ja, und vieles dauert halt einfach zu lange.

Vor allem beim Teilrichtplan Verkehr scheint uns das Tempo, mit welchem kurzfristig realisierbare, bezahlbare Massnahmen zugunsten des Langsamverkehrs und der Aufwertung der Frauenfelder Innenstadt umgesetzt werden, doch sehr zögerlich und behutsam. Wie die Murg im Sommer, wenn sie kaum Wasser führt. Ja und gerade hier wünschen wir uns ein fliessendes Märzgewässer. Denn anstatt die Umsetzung einzelner verkehrsberuhigender Massnahmen immer wieder von Neuem von zusätzlichen Strassenbauten abhängig zu machen, könnte die Aufenthaltsqualität und die Sicherheit im Zentrum schon seit Jahren um einiges attraktiver und besser sein, wären die Vorgaben aus dem Richtplan im vorgezeichneten Zeitraum umgesetzt worden. Insofern setzen wir doch ein Fragezeichen hinter die Beurteilung und das Fazit der Stadt, die mit dem Umsetzungsgrad des Teilrichtplans Verkehr doch recht zufrieden ist.

An dieser Stelle ist auch das Agglomerationsprogramm 3. Generation der Regio Frauenfeld zu erwähnen. Die Beurteilung des Bundes stellt den Verantwortlichen von Kanton und Stadt bekanntlich ein schlechtes Zeugnis aus. Dies hat diverse Gründe, die ich nicht aufzählen möchte, aber, und das scheint mir hier wichtig, die ungenügende Note hängt ganz klar auch mit dem unzureichenden Umsetzungsstand der Verkehrsmassnahmen zusammen. Insbesondere wurde für die sistierte Schlüsselmassnahme noch keine Alternative aufgezeigt.

Weitere Bemerkungen hätten wir zum Richtplan Energie. In der Tabelle auf Seite 36 werden Zwischenziele für das Jahr 2025 definiert. Hier denken wir, wäre es sinnvoll, nähere Zwischenziele auszumachen und zu formulieren, quasi als verfeinertes Instrumentarium, damit wir weiterhin einigermassen agieren können und nicht irgendwann merken, dass wir völlig falsch liegen.

Dann sind wir klar der Meinung, die vorliegende Berichterstattung sollte nicht nur über den Realisierungsgrad des Richtplans Auskunft geben, sondern vielmehr auch Tendenzen und fehlende Umsetzungen auflisten und begründen. Warum sind die verkehrsberuhigenden Massnahmen auf dem Teilrichtplan Verkehr, zum Beispiel flächendeckende Tempo-30-Zonen in der Innenstadt nicht umgesetzt worden? Warum ist die Liegenschaftenstrategie noch immer pendent? Wie schaut die Zukunft unseres Gasnetzes aus usw.? Wir haben uns gefragt, woran das wohl liegen mag. Warum fehlen diese aufschlussreichen Auskünfte? Doch selbst wenn in unseren Augen ein paar Kritikpunkte offenbleiben, möchten wir nochmals bekräftigen, was wir einleitend gesagt haben. Wir sind überzeugt, die Richtung stimmt, wir sind auf gutem Weg. Wir danken dem Stadtrat für die Berichterstattung und nehmen diese gern zur Kenntnis.

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP:** Ich darf auch im Namen unserer Fraktion dem Stadtrat und den Ämtern herzlich danken für den guten und übersichtlich gestalteten Bericht, der viel Aufschluss gibt über die Stossrichtung und auch den Ausführungsgrad der Richtpläne in unserer Stadt. Der Zeitpunkt, den Bericht jetzt zur Kenntnis zu nehmen, erscheint auch uns zweckmässig und sinnvoll. Wir sehen, wo wir stehen und auch was wir für die nächste Legislatur anpacken möchten. Am Richtplan ist gut ersichtlich, die Ämter sind dran, ihre Aufgaben zu machen, es sind Fortschritte in vielen Bereichen zu sehen. Die Stadt ist gut unterwegs. Wir möchten einige Bemerkungen zu verschiedenen Bereichen machen.

Auch uns ist der Teilrichtplan Verkehr ab der Seite 19, vor allem das Strassennetz ins Auge gestochen. Ich glaube, wir haben grundsätzlich dieselben Anliegen, wie von der Sprecherin vorhin gesagt wurde, aber wir sind der Überzeugung, dass der Weg wohl ein anderer ist. Auf der Seite 19 steht oben unter dem Strassennetz bei den Punkten 2 und 3 als Ziel die Entlastung des Zentrums vom überregionalen Durchgangsverkehr und dann die direkte Führung der Motorfahrzeuge auf die Hauptverkehrsstrasse, um den Schleichverkehr durch die Quartiere zu vermeiden. Wir sind der Meinung, dass in diesen beiden Punkten nicht eine Verbesserung eingetreten ist, sondern eine Verschlechterung. Wenn man in Huben oder in Gerlikon oder auf anderen Quartierstrassen den Verkehr anschaut, dann scheint es doch, dass in den letzten Jahren nicht weniger Menschen durch diese Quartiere fahren, sondern dass es einen vermehrten Durchgangsverkehr auf Strassen, die nie und nimmer für Durchgangsverkehr gedacht sind, gegeben hat. Wir wünschen uns gerade hier auch griffige Massnahmen, dass der Durchgangsverkehr durch die Quartiere verhindert wird und dann eben die Hauptachsen verflüssigt werden. Uns schiene es sinnvoll, hier einmal Zahlen zu sehen, wie viele Autos denn durch diese Quartiere fahren, damit wir uns hier nicht nur auf unser Bauchgefühl verlassen müssen, sondern wirklich griffig sehen können, wie belastet diese Quartiere sind. Und da unterscheiden wir uns glaube ich einfach im Weg. Wir denken, Tempo 30 ist etwas Gutes, aber genügt hier nicht. Darum sehen wir natürlich auf der Seite 21 bei der Stadtentlastung, dass das ein ganz zentraler Punkt ist. Das Ziel, das wir miteinander möchten, nämlich eine Stadt, die attraktiv ist für Velofahrer, für Fussgänger, ein Zentrum, wo man gern hingehet, unserer Meinung nach ist das ohne die zentrumsnahe Stadtentlastung einfach nicht möglich. Da kann man so viele 30er-Tafeln aufstellen, wie man möchte, die Autos werden doch noch da sein. Und unserer Meinung nach ist es einfach nicht realistisch, wenn wir da nicht ja sagen dazu, gerät der ganze Verkehrsplan in Schiefelage. Ich werde dazu

nicht mehr sagen, wir werden uns in dieser Legislatur noch ausführlich mit dem beschäftigen und noch viel diskutieren.

Zum Richtplan Energie ab Seite 36 sind wir genau gleicher Meinung wie die Vorredner. Wir stehen mit Überzeugung hinter dem Grundsatz, dass wir ein Vorangehen brauchen in einer umweltschonenden, diversifizierten und sicheren Energieversorgung. Wir sehen gute Schritte, aber wir sind auch da mit den Vorrednern der Meinung, dass es angebracht ist, da vorzupreschen und schnell weitere Schritte zu machen. Das Thema Zwischenziele haben wir in der Fraktion nicht besprochen, aber aus dem Gespräch und unseren Erwägungen denke ich, dass das wohl auch in unserer Fraktion willkommen geheissen würde.

Zum Thema Stadtentwicklung ab der Seite 44 hat uns gefreut zu sehen, wie viele Ziele da in ganz verschiedenen Bereichen umgesetzt wurden, wie auch vieles erreicht wurde und spürbar auch eine gute Lebensqualität in Frauenfeld erreicht werden konnte. Es stimmt uns optimistisch für die Zukunft, nur darf man sich nicht auf den umgesetzten 80 % zurücklehnen und sagen, wir haben genug gemacht für die nächsten weiss nicht wie viele Jahre, sondern da heisst es dranbleiben, auch neue Ziele ins Auge fassen. Und hier zeigt es sich auch, wenn der Gemeinderat grossmehrheitlich Anliegen unterstützt, dann geht es auch vorwärts.

Es gibt noch verschiedene Bereiche, die man ansprechen könnte. Wir haben viel Erfreuliches gefunden, auch dass man dran ist, die Entwicklung in Langdorf nicht einfach dem Zufall zu überlassen, sondern so gut das möglich ist zu steuern. Das wird zwar trotz allem guten Willen nicht einfach sein, sich einfach von der Entwicklung da überrollen zu lassen. Da wollen wir auch ermutigen, dranzubleiben und auch wirklich hartnäckig die Interessen der Stadt gerade in diesem neuen, sich noch entwickelnden Quartier zu vertreten.

Zum Schluss darf ich nochmals dem Stadtrat danken und auch dem neu zusammengesetzten Stadtrat und den Ämtern für die neue Legislatur schon jetzt alles Gute wünschen und auch viel Energie und Ausdauer, um in diese Richtung weiterzugehen und viel Gutes für unsere Stadt umzusetzen.

**Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso:** Mit dem vorliegenden Bericht hat der Gemeinderat ein weiteres Mal die Möglichkeit, sich einen Überblick über den aktuellen Stand der unterschiedlichen Richtpläne zu verschaffen. Wir danken dem Stadtrat und den beteiligten Personen für den ausführlichen und umfangreichen Bericht, der zusammen mit einigen Erläuterungen an der Sitzung der GPK einige positive Entwicklungen in der Stadt aufzeigt. Ich erwähne lediglich ein paar wenige davon.

Verdichtung nach innen, wo Infrastruktur mindestens teilweise bereits vorhanden ist und die Nutzung der vorhandenen Reserven anstatt Wachstum nach aussen: Hier wird in der Planung der richtige Fokus gesetzt. Gerade die Entwicklung des ganzen Areals Murgbogen-Militärstrasse ist ein sehr interessantes Projekt, das eine richtungsweisende Planung erfordert. Es ist sehr erfreulich, dass die Siedlungs- und Verkehrserschliessung grundsätzlich aufeinander abgestimmt werden. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Verkehrserschliessung, wenn überhaupt nötig, dann hauptsächlich im Bereich der ÖV- und Langsamverkehrerschliessung stattfinden soll. Hier braucht es aber natürlich auch den Willen des Gemeinderats, um beispielsweise beim Stadtbusangebot klare Akzente für die Stadtentwicklung zu setzen.

Beim Fuss- und Veloverkehr ist zurzeit einiges im Tun, was ganz grundlegend auf unser Wohlergehen stösst. Da das Konzept gerade in der Bekanntmachung ist, hole ich hier nicht gross aus und beschränke mich auf die Freude, dass sich die Schliessung der Lücke des regionalen Radwegs mittlerweile abzeichnet.

Des Weiteren nehmen wir erfreut zur Kenntnis, dass das Parkierungskonzept ab diesem Jahr erarbeitet wird und dass gar ein Parkleitsystem evaluiert wird. Es bleibt also spannend.

Zum Richtplan Energie: Auch hier sind einige erfreuliche Entwicklungen im Gang, das Potenzial ist aber noch lange nicht ausgeschöpft. Umweltfreundliche und erneuerbare Energie wird in verschiedenen Bereichen gefördert. Beim Solarstromanteil liegt Frauenfeld gar über dem Schweizer Durchschnitt, allerdings lediglich bei mickrigen 4.1 %. Hier ist sicher noch einiges an Potenzial vorhanden. Wir dürfen uns also noch lange nicht zurücklehnen.

Zusammengefasst finden wir, die Ansätze sind gut, die Ausmasse unterschiedlich und der Umsetzungsstand lässt teilweise zu wünschen übrig, was wiederum mannigfaltig begründet wird und ist. Unsere Fraktion nimmt den Bericht über die Realisierung der Richtplanung gern zur Kenntnis. Er zeigt, dass eine Berichterstattung einmal pro Legislaturperiode absolut Sinn macht, da die Richtplanung ein sich zirkulär veränderndes Instrument ist, das man nicht einfach hat, sondern betreibt.

**Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Die Mitglieder der Fraktion haben den sehr umfassenden und informativen Bericht über den Stand der Realisierung Richtplanung per Ende 2018 angesehen und zur Kenntnis genommen. Wenn man negativ eingestellt ist, würde man den Bericht als Papiertiger bezeichnen, welcher vor allem Zeit und Ressourcen verschwendet hat. Jene, welche das tun, die haben den Bericht nicht gelesen oder ihn nicht verstanden. Aus unserer Sicht gibt dieser Bericht, welcher einmal pro Legislatur erstattet werden muss, einen sehr guten Zwischenstand über alle Richtpläne, welche auf kommunaler Ebene bestehen. Dies ist wichtig, da im Verlauf einer Legislatur diverse Planungen abgeschlossen und im Idealfall Projekte umgesetzt und neue Planungen wieder in Angriff genommen werden. Daher fällt es uns als Milizpolitiker nicht leicht, den Überblick zu behalten. Wir gehen auch davon aus, dass der Bericht auch stadtverwaltungsintern eine gewisse Orientierungshilfe gibt. Helfen soll der Bericht aber auch allen amtierenden Gemeinderäten, um Antworten auf offene Fragen zu finden, bevor eine einfache Anfrage gestellt wird oder damit die einfache Anfrage mit relativ aktuellen Grundlagen unterlegt werden kann oder gezielter Fragen an die Stadtverwaltung gestellt werden können.

Auf den ersten Blick sieht der Bericht sehr aufwendig aus, tatsächlich ist es aber so, dass sehr viele Informationen aus dem letzten Bericht übernommen werden konnten und aktualisiert und ergänzt wurden.

Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass bei der künftigen Planung ein besonderes Augenmerk auf Gewerbeflächen gerichtet wird. Diverse traditionelle Frauenfelder Firmen waren in den letzten Jahren gezwungen, Frauenfeld zu verlassen, da keine geeigneten und bezahlbaren Objekte zur Verfügung standen. Wenn wir in Frauenfeld attraktive Arbeitsplätze anbieten können, besteht auch die Chance, dass weniger Frauenfelderinnen und Frauenfelder nach extern pendeln müssen, und das wäre wiederum hilfreich, um das Verkehrsaufkommen etwas zu reduzieren.

Die FDP stellt fest, dass in den letzten Jahren grosse Anstrengungen beim Langsamverkehr gemacht wurden. Wir denken auch, dass dies sinnvoll war, da dort Nachholbedarf bestand. Wir stellen aber auch fest, dass beim motorisierten Individualverkehr kaum mehr Verbesserungen umgesetzt wurden. Hier gilt es, für die Zukunft auch verstärkt darauf zu achten. Wir denken hier vor allem an die Stadtentlastung, welche dann gleichzeitig auch wieder Chancen für den Langsamverkehr bringen würde.

Die Fraktion FDP dankt den Verfassern für diese grosse und gute Arbeit. Wenn auch in Zukunft auf dem heute bestehenden Papier aufgebaut und dieses an die aktuellen Verhältnisse angepasst wird, dann ist der Umfang in der heutigen Form in Ordnung und wie bereits erwähnt ein gutes Nachschlagewerk im Bereich Richtplanung.

**Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Obwohl wir als Gemeinderat die Richtpläne und deren Realisierungsstand lediglich zur Kenntnis nehmen kön-

nen, hat sich unsere Fraktion sehr intensiv mit deren Inhalt auseinandergesetzt. Richtpläne sind keine Gesetze. Sie koordinieren die raumwirksamen Tätigkeiten und dienen als Grundlage für die Planungsmassnahmen der Gemeinde. Aus Richtplänen können demzufolge keine abschliessenden Pläne entnommen oder herausinterpretiert werden. Es sind Führungsinstrumente, welche die grobe Richtung vorgeben. Zudem werden Richtpläne durch das kantonale Departement für Bau und Umwelt genehmigt und dabei die Kompatibilität gegenüber übergeordnetem Recht überprüft. Da der kantonale Richtplan ebenfalls von der höheren Stufe, dem Bund abgenommen wird, ist der Spielraum entsprechend klein. Für Private haben Richtpläne keine eigentumsbeschränkende Wirkung. Richtpläne sind aber behördenverbindlich. Das bedeutet, die öffentliche Hand muss ihre Planung auf die Richtplaninhalte abstimmen. Wir stellen somit fest, dass die durch die Exekutive mit geringem Spielraum zusammengestellten Richtplanungen, weil behördenverbindlich, ein Instrument mit Gesetzescharakter sind und somit aus unserer Sicht die Gewaltentrennung verletzt werden kann. Mit diesem Zustand ist unsere Fraktion äusserst unglücklich. Es hat sich auch in der aktuellen Legislatur mehrmals gezeigt, dass Botschaften mit Projekten, die sich auf Teilrichtpläne, Programme oder Konzepte bezogen haben, immer wieder kontrovers in diesem Saal diskutiert und bestritten wurden. Das neuste zur Kenntnis genommene Papier, das Mobilitätskonzept 2030, basiert auf dem kantonalen Gesamtverkehrskonzept.

Der 66-seitige Bericht zum Stand der Realisierung ist übersichtlich aufgebaut und gegliedert in Ausgangslage, Zielsetzung, Realisierungsstand und abschliessendem Fazit. Er enthält eine Vielzahl an Informationen zu unzähligen angestossenen und laufenden Projekten. Dem aufmerksamen Leser entgeht nicht, welche Themen und Projekte der Stadtrat mit hoher, welche mit geringerer Gewichtung bearbeitet hat. Da wir auf den Inhalt der Richtplanung grundsätzlich keinen Einfluss nehmen können, ausser bei gelegentlich angesetzten Vernehmlassungen, wobei die inhaltlichen Aussagen nach Gutdünken der Departemente und deren Vorsteher/in weiterverwendet werden oder nicht, geben wir heute mit diesem Fraktionsvotum einzelne, uns wichtige Anliegen für die künftige Richtplanung zu Protokoll.

Die SVP/EDU-Fraktion regt grundsätzlich an, dass der neue Stadtrat die Weiterentwicklung der Richtplanung als Gesamtkonzept erarbeitet. Heute sind zu viele Teilbereiche für sich angedacht und für eine Realisierung der Umsetzung sind die Schnittstellen entsprechend ungenügend gelöst.

Zu den weiteren Richtplänen: Anhang A Kasernenareal und Innovationspark Murgbogen: Diese Areale sollen aus unserer Sicht nachhaltig mit sinnvoller Nutzung geführt werden und der gesamten Bevölkerung dienen. Das ist eines unserer Anliegen für die Zukunft.

Zum Bereich der Siedlung: Allgemein sind die Zielsetzungen klar formuliert. Der Weg zur Erreichung der Ziele wird aber mangelhaft oder gar nicht aufgezeigt. Beispiel die Arbeitsgebiete oder die Arealentwicklungsgebiete. Die Qualitätskontrolle braucht einen Austausch und einen zeitlichen Horizont für deren Umsetzung. Bei den verdichteten Bauweisen ist dringendst die grösstmögliche Erhöhung der Dichte gemäss PBG und PBV zu gewähren. Es wird von Bauherren und Unternehmern nicht verstanden, dass bei gesetzlich verordneter verdichteter Bauweise immer noch Keller- und Estrichausbauten verhindert werden. Die Bruttogeschossflächenziffer ist infrage zu stellen.

Bei den Kulturgütern ist das Hinweisinventar tendenziell abzubauen und nicht zu erweitern. Besitzer einer Liegenschaft, wo der Status "sehr wertvoll" und "wertvoll" in Betracht gezogen wird, sind eingehend über deren finanzielle Konsequenzen aufzuklären. Die stadtfinanzierten Quartieraufwertungsprojekte müssen noch besser mit den auf Eigeninitiative basierenden Quartiervereinen abgesprochen und die Zusammenarbeit gewährleistet werden.

Zum Verkehr: Die Stadtentlastung aus unserer Sicht weiterverfolgen und die Verkehrsflächen zur Verfügung stellen gemäss Bevölkerungswachstum Horizont 2035. ÖV und MIV brauchen künftig nicht weniger Platz. Parkierungsflächen in Zentrumsnähe unterirdisch vorsehen. Kantonsstrassen

sind für den Durchgangsverkehr konzipiert und gedacht. Es sind keine Tempo-30-Zonen. Tempo-30-Zonen in den Quartieren prüfen und bei Bedarf einführen. Projekt regionaler Radweg: Hier sind wir dankbar, dass langsam aber sicher der letzte Abschnitt zur Sulacker-Erchingerstrasse geboren wird. Dringend zu Ende bringen dieses Projekt. Beim Fuss- und Radverkehr zeichnet sich ein Sicherheitsproblem ab, das angepackt werden muss. Insbesondere Menschen mit Einschränkungen wie Sehschwäche, Hörschwäche, Menschen mit Gehhilfen wie Rollatoren usw. sind mehr und mehr gefährdet. Insbesondere bei Verkehrsteilnehmern mit Zweirädern hat die Rücksichtnahme abgenommen. Das neue Fuss- und Veloverkehrskonzept der Stadt Frauenfeld, welches am 11. April per Medien bekanntgegeben wurde, hat wahrscheinlich nicht nur unsere Fraktion vor den Kopf gestossen. Dabei geht es nicht um das Konzept, sondern die Art und Weise der Kommunikation. Für einen Bericht inklusive Anhang mit immerhin über 100 Seiten mit durchschnittlichen Investitionskosten von über 300'000 Franken pro Jahr wäre das Mindeste eine vorgängige Information gewesen vor den Medien, wie das auch bei der Strategie Frühe Förderung gegangen ist.

Zum Bereich Natur/Landschaft: Als Fraktion mit sehr vielen naturverbundenen Mitgliedern liegt uns dieser Bereich sehr am Herzen. Wir fordern, dass Projekte unterhaltsfreundlich geplant und umgesetzt werden. Es sollen zum Beispiel Baumarten gepflanzt werden, von denen man weiss, dass der Unterhalt gering ausfällt. Bei Unsicherheit der Baumwahl kann gern auf unsere Fraktion zurückgegriffen und Rücksprache genommen werden. Dies wird, und das merke ich positiv an, von der Stadt her auch schon gelebt.

Zum Agglomerationsprogramm: Die Erarbeitung eines Agglomerationsprogramms der 4. Generation muss sehr gut geprüft werden. Eine Massnahme bereits auf Stufe Vor- oder Bauprojekt zu entwickeln und danach vom Bund eine mögliche Absage zu erhalten, kann finanziell nicht verantwortet werden. Die kantonale Agglomerationsbeauftragte muss hier Support leisten, damit wir sicher sind, dass eine Massnahme genügend Wirkung zeigt. Allgemein gilt: Besser weniger Projekte, dafür die angefangenen zu Ende bringen.

In der Umsetzung der einzelnen Richtpläne kommt schlussendlich die Theorie dieses Papiers ans Licht. Dann ist es zwingend, dass praktische Lösungen zeitnah gefunden und verwirklicht werden. Gelingt dies aber nicht, bleiben wir stehen und verlieren wertvolle Zeit, die wir längst nicht mehr haben.

**Stadtrat Urs Müller (CH):** Die Berichterstattung über die Richtplanung wurde zum ersten Mal aufgrund des Einzelbeschlusses in diesem Rat gemacht und nicht mehr aufgrund des Baureglements. Wir haben es gehört. Es geht heute um den Bericht, sprich um den Stand der Dinge, die Übersicht also und ich werde mich deshalb nicht in Details hineinbegeben. Aber zu den Fragen aus der GPK gebe ich gern noch Antwort.

Zur ersten Frage: Diese hat sich auf meine Antwort in der Fragestunde vom 20. September 2017 bezogen. Ich habe auf eine Frage von Anita Bernhard-Ott geantwortet: Wenn es eine entsprechende Initiative, beispielsweise über den Städteverband oder eben den Zusammenschluss der Stadtgenieure zum Thema gäbe – es ging um den Durchgangsverkehr –, dass wir uns da eine Mitarbeit vorstellen könnten. Das war meine Aussage. Leider hat sich bislang hier aber noch nichts ergeben.

Die zweite Frage: Aufgrund der GPK-Sitzung habe ich den Auftrag erteilt, einen Zwischenstand in Bezug auf die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft wie im Energierichtplan beschrieben zu erheben. So wie es aussieht, liegen wir bezüglich Pro-Kopf-Dauerleistung und Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Emissionen aktuell über dem Absenkpfad. Zu beachten ist, dass wir beim Erdgas- und Stromabsatz auf die Daten der Werkbetriebe zurückgreifen können. Beim Heizölverbrauch ist dies allerdings nicht möglich und wir haben hier konservative Annahmen getroffen. Vor allem bei grossen Feuerungen (>350 kW) ist der Verbrauch nur schwer zu ermitteln. Weiter ist zu beachten, dass eine einzige Unternehmung rund einen Drittel des Erdgasabsatzes benötigt. Berücksichtigt

man diese beiden Faktoren, kommen wir mit der Dauerleistung und den CO<sub>2</sub>-Emissionen wieder in den Bereich des Absenkpfeils. Grundsätzlich hat sich uns hier aber eine Frage der Erhebung gestellt. Man kann die Meinung vertreten, dass die Auswertung bezüglich der 2000-Watt-Gemeinde pro Raumnutzer erfolgen sollte. Die Vorgaben unseres Tools aber und auch die Vorgaben der Energiestadt sind pro Einwohner. Gemäss Auskunft der Stadtplanung nutzen rund 40'000 Nutzer den Raum Frauenfeld. Die Bevölkerung liegt aber bekanntlich lediglich bei 25'000 Einwohnern. Ich habe diese Angaben von unserem städtischen Energieberater erhalten und wir werden sie der GPK so auch noch zugänglich machen mit einer Grafik.

Zu einzelnen angesprochenen Themen, beispielsweise von Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott bezüglich baulicher Einpassung in letzter Zeit von einigen Projekten, die zu wünschen übriglassen: Da muss ich einfach schon klarstellen - wir sprechen da nicht irgendwie über Geschmacksache, sondern wir haben eine Fachkommission Hochbau, die genau dazu da ist, solche Beurteilungen vorzunehmen. Aber dazu müssen wir vielleicht einmal unter vier Augen sprechen.

Dann das Thema Aggloprogramm 3. Generation, wo wir bekanntlich nicht gut abgeschnitten haben. Wenn man das System kennt, ist der Entscheid so nachvollziehbar. Und da gehe ich noch zu Gemeinderat Samuel Kienast über, Schleichverkehr in Quartieren: Tempo 30 haben wir eigentlich in den grössten Teilen der Wohnquartiere umgesetzt. Aber Schleichverkehr durch Quartiere und eben der Entscheid Aggloprogramm - hier geht es wohl darum, dass dieses Thema auch in der Planung erst abschliessend lösbar sein wird, wenn endlich definitiv ein Entscheid über das Thema Stadtentlastung gefällt ist. Wir werden in verschiedenen Planungen durch dieses offene Thema behindert.

Sonst vielleicht noch Michael Lerch, auf Gewerbeflächen achten: Das werden wir sicher tun, das ist ein grosses Thema oder wird sicher ein grosses Thema sein in der anstehenden Ortsplanungsrevision. Dort mussten wir allerdings zuerst die Überarbeitung des kantonalen Richtplans abwarten.

Zu Christian Mader nur noch zwei Punkte: Einer bezüglich Vernehmlassungen. Da muss ich schon sagen, Vernehmlassungen werden nicht nach dem Gutdünken des Departements ausgewertet. Ich glaube, wir haben das bei der Auswertung beispielsweise zum Thema Stadtentlastung bewiesen. Wir haben das dargelegt, wie wir es gemacht haben. Aber wenn man dann natürlich bei der Schlussfolgerung zu einem anderen Ergebnis kommt, als einem lieb wäre, dann hat das nichts mit der Auswertung zu tun, sondern die Schlüsse, die man daraus zieht. Aber die Auswertung, das muss ich mir schon verbitten, die wird nicht irgendwie nach Gutdünken gemacht. Und die Sache mit der BGF und angesprochene Behinderungen oder sogar Nichtgewährung von maximaler Ausnützung, da muss ich gestehen, da konnte ich nicht ganz folgen. Auch dieses Thema müssen wir wohl einmal bilateral klären. Es geht sicher nicht an, dass wir irgendetwas nicht gewähren, was Gesetz wäre. Das kann ich so auch nicht stehen lassen.

Dies zu den einzelnen Voten, die da noch gefallen sind. Ich komme somit zum Schluss. Auch wenn es noch viel zu tun gibt, beispielsweise gerade im Energiethema - bezogen auf das Klima bin ich der Meinung, wir können da nie genug machen - so freut es mich trotzdem, wenn die geleistete Arbeit gesehen und geschätzt wird. Und wie es in einem Votum gesagt wurde, die Richtung stimmt und wir auf gutem Weg sind. Auch ich würde mir wünschen, dass einiges manchmal schneller ginge. Wer aber unser politisches System, unsere Verfahren und Abläufe kennt, der weiss, gut Ding will manchmal Weile haben. Ich hoffe aber, der Bericht dient Ihnen und ebenfalls dann auch dem neuen Gemeinderat, als nützliches Arbeitsinstrument, so wie es auch Gemeinderat Lerch angetönt hat. Somit möchte ich schliessen. Ich bedanke mich auch für Ihre Aufmerksamkeit und ich möchte den Dank ebenfalls den Mitarbeitenden weitergeben, insbesondere den Verantwortlichen im Amt für Hochbau und Stadtplanung, die diesen Bericht zusammengetragen haben.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Wir haben den Bericht durchberaten und durch die Diskussion zur Kenntnis genommen. Die heutige Tagesordnung ist abgeschlossen. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Montag, 20. Mai 2019 um 16 Uhr statt. Dies ist zugleich die letzte Sitzung in dieser Legislatur und in der aktuellen Zusammensetzung des Gemeinderats.

Mein Dank geht an Sie für das aktive Mitdiskutieren, an die Stadtgärtnerei für den wiederum sehr schönen Blumenschmuck, an Herbert Vetter und das Team der Stadtkanzlei für die tolle Vorbereitung. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche Ihnen allen einen schönen Rest der Woche.

- - -

Schluss der Sitzung: 20:12 Uhr

\*\*\*

